

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Würnberg, 6. Juli 1901.

Inserate die dreispaltige Zeile oder deren Raum 50 J

Redaktion und Expedition:

Würnberg, Gutfeldstraße Nr. 9.

Inhalt: Nach der Generalversammlung. — Das Kapital in der Krise. — Goldschmiedekonferenz. — D. M. B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen: — An die Verwaltungsstellen in Brandenburg, Pommern und Mecklenburg. — Mundschau. — Aus anderen Berufen etc. — Gerichtszettelung. — Bitterartiges.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Drehern nach **München** (Heilbrunner) H.;
- von Feilenhäufern nach **Brandenburg a. Havel** (Kabisch), nach **Hamburg** und **Harburg Str.**, nach **Strasburg** (Grünberger) L., nach **München** (Nobel u. Co.);
- von Feingoldschlagern nach **Dresden**, **Würnberg** (besonders von den Werkstätten v. Mörtel, Schulgasse 44 und F. Renner, Schwabacherstraße 41) und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten W. Büttner und Junger);
- von Formern nach **Schweinfurt** (Maschinenbau-A.G.), nach **Essen a. d. Ruhr** (Stern) D., nach **Sollach**, nach **Niederhulda** i. S. (Tolle) H.;
- von Klempnern (Gläsern, Spenglern) nach **Hansig** L., nach **Harburg a. Elbe** L.;
- von Metallarbeitern nach **Niedersilly** (Elektrizitätswerke, A.-G., vorm. D. S. Kummer u. Co.);
- von Metallschlagern nach **Breslau** (Firma Boronow), nach **Gehhausen** Str.;
- von Schmiedern nach **Sachsenberg a. G.** (Krupp u. Beenen, Eisenfabrik), nach **Fitz** (Wagenfabrik von Saborsky).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; U.: Aufspernung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Nach der Generalversammlung.

M. S. Es wird wenig Mitglieder im Verbands geben, die mit dem Verlauf der 5. Generalversammlung unseres Verbandes unzufrieden sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß jedes von den 105,000 Mitgliedern mit jedem einzelnen Beschluß, den die Generalversammlung faßte, einverstanden sein wird. Eine solche Uebereinstimmung kann in einer kleinen Organisation nicht erzielt werden, sie ist undenkbar in einer Gemeinschaft von der Größe des Metallarbeiter-Verbandes. In einem Industrieverbande, in einer Gewerkschaft, die mehr als 40 Berufe umfaßt, sind immer verschiedene Interessenströmungen vorhanden, die trotz der Uebereinstimmung in den Hauptfragen sich Geltung zu verschaffen suchen. Rücksichtslos Draufgängerei ist im Industrieverbande am wenigsten am Platze. Die Generalversammlungen unseres Verbandes werden immer einen Mittelweg einzuhalten haben, um soviel als möglich den Berufsinteressen der einzelnen Branchen Rechnung zu tragen.

Wie sehr die letzte Generalversammlung von dieser Nothwendigkeit durchdrungen war, beweist das lokale Entgegenkommen gegen die Formier, die den Anschluß an den deutschen Metallarbeiter-Verband erstreben. Hätte die Generalversammlung sich nicht ausschließlich von dem Gedanken der Solidarität aller Arbeiter, insonderheit aller Metallarbeiter, leiten lassen, wäre die erfreuliche Uebereinkunft zwischen den Vorständen unseres Verbandes, des Vereins der deutschen Formier und der Sechserkommission im unmittelbaren Anschluß an unsere Generalversammlung noch nicht möglich geworden. Das Ganze über die Einzelinteressen, Unterordnung des Einzelnen unter das Gesamtinteresse, auch wenn er von der Mehrheit abweichender Meinung ist und mit seiner Auffassung im Rechte sein mag, momentan aber davon die Majorität nicht überzeugen kann, Selbstherrschung, mit einem Wort: Disziplin ist die absolute Vorbedingung, ja die Lebensbedingung einer Organisation. Ohne diese Voraussetzung kann ein Gemeinwesen für die Dauer nicht bestehen. Nie-

mandem kann verwehrt werden, seiner Meinung in entschiedenster Weise Ausdruck zu verleihen, die Formen müssen dem Satzgefühl der einzelnen Mitglieder überlassen werden, allzu große Empfindlichkeit herrscht in unseren Kreisen nicht, wir können schon ein kräftiges Wort vertragen.

Jeder Kollege, der es gut mit der Organisation meint, wird ganz von selbst die Grenze zu ziehen wissen, die bei der Kritik einzuhalten ist, um den Verband nicht zu schädigen. Mögen jene Mitglieder, die nicht mit allen Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden sind, sich nur einmal die Schwierigkeiten vergegenwärtigen, unter denen unsere Generalversammlungen arbeiten müssen; nicht nur die Generalversammlungen des Metallarbeiterverbandes, sondern die aller Gewerkschaften. Alle zwei Jahre findet eine Generalversammlung statt, die in fünf, höchstens in sechs Tagen ihre Aufgaben erledigen muß. Zwei Tage nimmt die Diskussion über die Berichte des Vorstandes, des Ausschusses, der sonstigen Körperschaften, wie Mandatprüfungskommission etc. in Anspruch, so daß für die eigentlichen Aufgaben der Generalversammlung nur drei Tage, eigentlich nur zweieinhalb Tage verbleiben, denn der letzte Nachmittag wird von den meisten Delegierten schon zur Abreise benützt. Dazu eine Körperschaft von 185 Personen, ein Parlament, so groß, wie es außer dem Reichstag und dem preussischen Abgeordnetenhaus keines in Deutschland gibt. Ist es unter diesen Verhältnissen möglich, alle Beschlüsse so reiflich zu überdenken, aus allen Beschlüssen die Konsequenzen so logisch zu ziehen, daß Fehltritte vermieden werden? Das wird kaum erwartet werden dürfen. Wie arbeitet, um ein Gleichniß zu wählen, unsere Gesetzgebung? Regierungsvorlagen werden von akademisch gebildeten, mit der Materie allseitig vertrauten Beamten ausgearbeitet, in den Parlamenten zunächst in einer Generaldiskussion gründlich durchgehört, dann an eine Kommission verwiesen, der in der Regel Sachverständige, Juristen und Vertreter des praktischen Lebens angehören. Monate hindurch wird fast jedes Wort einer Gesetzesvorlage in der Kommission erörtert, dann geht die Vorlage wieder an das Plenum, wo sie meist noch zwei Lesungen zu passieren hat, um endlich als der Bestätigung reifes Gesetz das Parlament zu verlassen. Trotz dieser gründlichen Bearbeitung sind unsere Gesetze auch technisch — ihre sozialpolitische Untauglichkeit kommt hier nicht in Betracht — häufig so mangelhaft, daß beim Vollzug sich die größten Schwierigkeiten ergeben. Da sollten unsere Generalversammlungen in der kurzen Zeit, unter den denkbar schwierigsten Umständen, muster-gültige Gesetze — auch unser Statut ist ein Gesetz — einwandfreie Beschlüsse zu Stande bringen? Das kann eigentlich Niemand verlangen. Und doch hängt von der klaren allgemein verständlichen Fassung der Generalversammlungsbeschlüsse, insonderheit der statutarischen Bestimmungen, unter Umständen sehr viel ab. Unklare Formulierung einzelner statutarischer Bestimmungen oder Beschlüsse einer Generalversammlung führen nicht nur häufig zu Differenzen zwischen dem Vorstand und den einzelnen Filialbeamten, sie können auch in finanzieller und taktischer Hinsicht der Organisation großen Schaden zufügen. Es dürfte deshalb keine nutzlose Arbeit sein, einige Beschlüsse der jüngsten Generalversammlung herauszugreifen und sie auf ihre Klarheit zu prüfen.

Nehmen wir zunächst das neue Statut zur Hand. Die Zeit für die Berathung der statutarischen Änderungen war so kurz, daß der Referent, Genosse Weinheber, gar nicht daran denken durfte, die Motive, die die Kommission zu ihren Änderungen geführt haben, vorzutragen, ebensowenig konnte von einer gründlichen Berathung der Kommissionsvorlage im Plenum die Rede sein. Im § 2 Abs. a ist eine Änderung beschlossen worden, es wird anstatt der Be-

seitigung der Akkordarbeit Beschränkung derselben gefordert. Dagegen wird nichts einzuwenden sein, denn an eine Beseitigung der Akkordarbeit wird in absehbarer Zeit nicht zu denken sein und dekorative Bestimmungen im Statut können eher schaden als nützen. Was aber haben wir unter „Beschränkung“ zu verstehen? Jedemfalls wollen wir mit dieser Bezeichnung zum Ausdruck bringen, daß wir keineswegs Freunde der Akkordarbeit sind, daß wir diese Arbeitsmethode als verwerflich, als nachtheilig für die Arbeiter erachten, wir wollen unseren Mitgliedern empfehlen, wo ihnen die Wahl zwischen Akkordarbeit und einer anderen Arbeitsmethode zusteht, in Wochen- oder Stundenlohn zu arbeiten, wo sie, ohne unverhältnismäßige Opfer, die Akkordarbeit beiseitigen können, dies zu thun. Im Großen und Ganzen wurde es bisher schon nicht anders gehalten, diese Aenderung ist eigentlich nur die Sanktion einer immer gepflogenen Uebung. Immerhin wird man damit dem Vorstand das Recht eingeräumt haben, bei Streit, die zum Zweck der Beseitigung der Akkordarbeit unternehmen werden, die Situation eingehender Prüfung zu unterziehen und sein Veto einzulegen, wenn er zur Ueberzeugung gelangt ist, daß ein Ausstand zu diesem Zweck unternommen, keine oder nur geringe Aussicht auf Erfolg hat.

Paragraph 2 al. e handelt von der Unterstützung in Nothfällen. Es ist vor das Wort Nothfällen „außerordentlichen“ eingeschaltet worden und zwar, wie der Referent hervorhob, auf Wunsch des Vorstandes, da sich dieser Zusatz als nothwendig erwiesen hat. An sich hat man unter Nothstand eine Hilfsbedürftigkeit zu verstehen, die durch statutarisch vorgesehene Unterstützungen nicht berücksichtigt ist. Wenn sich die Nothwendigkeit einer präziseren Formulierung ergeben hat, darf man wohl annehmen, daß von Manchen Mitgliedern diese Bestimmung eine Auslegung gefunden hat, die von den früheren Generalversammlungen nicht damit verbunden werden wollte. Kasuistische Klärungen kann man ja in ein Statut nicht gut aufnehmen, eine gewisse Freiheit wird dem Vorstand beim Vollzug dieser Bestimmung immer eingeräumt werden müssen, die Grenze ist gezogen durch den Umstand, daß auch diese Unterstützung zur Erreichung des Verbandszweckes erforderlich ist.

Die Erhöhung des Beitrittsgebeldes auf 50 Pfennige habe ich mit recht gemischten Gefühlen vernommen. Vom agitatorischen Standpunkt betrachtet, ist dieser Beschluß nicht gerade als glücklich zu bezeichnen. Den Eintritt so viel als möglich zu erleichtern, sollte Grundsatz einer Arbeiterorganisation sein. Da mit 30 Pfennigen auch die Kosten des Mitgliedsbuches und des Statuts gedeckt sind, war zur Erhöhung des Beitrittsgebeldes wirklich keine Nothwendigkeit vorhanden. Früher schon haben wir 50 Pfennige Beitrittsgebeld erhoben und sind dann aus wohlwollenden Gründen auf 30 Pfennige zurückgegangen. Hoffentlich wird man nicht den Beispiele der englischen Gewerksvereine folgen wollen, durch hohe Beitrittsgebelder den Verband zum Einstehen abzuschieben.

Daß die Anträge auf Erweiterung des Unterstützungswesens abgelehnt wurden, wird bei ruhiger Ueberlegung Jedermann billigen müssen. Ich bin mit dem weiteren Ausbau des Unterstützungswesens durchaus einverstanden. Sollen weitere Unterstützungszweige eingeführt oder die bestehenden Unterstützungen erweitert werden, dann müssen aber auch die Beiträge erhöht werden und das erscheint mir in einer Zeit der Krise immerhin ein gewagtes Spiel. Dann müßte aber auch im Unterstützungswesen ein gewisses System eingehalten werden. Mit allen möglichen Unterstützungen wird man den gewünschten Zweck nicht erreichen, wenn keine der Unterstützungen ausreichend geleistet werden kann. Wenn ich zu entscheiden hätte zwischen Einführung neuer Unterstützungszweige und Ausbau der bestehenden

bestehenden Unterstützungsanstalten, würde ich mich für Letzteres aussprechen. Bauen wir doch zunächst die Arbeitslosenunterstützung weiter aus, vielleicht durch Verminderung der Karenzzeit auf 3 Tage oder durch Erhöhung der Tagelöhner oder Gewährung von Unterstützung über 42 Tage hinaus. Das halte ich für viel wichtiger als die Einführung der Krankenunterstützung; denn für Krankenhilfe ist doch weit besser gesorgt als für Hilfe bei Arbeitslosigkeit. Da zu helfen, wo die Hilfe am Dringendsten, scheint mir am Zweckmäßigsten zu sein.

Für Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung waren ja auch verschiedene Anträge gestellt. Es versteht sich aber am Hande, daß wir jetzt schon, nachdem die Arbeitslosenunterstützung erst ein halbes Jahr in Kraft getreten ist, nachdem uns noch jede Erfahrung über die Belastung des Verbandes durch die Arbeitslosenunterstützung fehlt und mitten in einer Geschäftskrise, deren Ausgang Niemand voraussagen kann, an eine derartige Reform nicht herantreten können. Wenn wir durch unüberlegte Beschlüsse unsere finanzielle Leistungsfähigkeit überbieten würden und schließlich mitten in einer Krise einen Ausgleich herbeiführen müßten, würden wir den Mitgliedern den schlechtesten Dienst erweisen. Bis zur nächsten Generalversammlung haben wir mehr Erfahrung über die Belastung des Verbandes durch die Arbeitslosenunterstützung, wir können inzwischen die Anträge genügend vorbereiten und wenn die Möglichkeit gegeben ist, die Unterstützung zu erweitern, wird kein vernünftiges Mitglied sich dagegen wehren. Experimente, deren finanzielle Tragweite wir nicht ermessen können, dürfen wir uns nicht gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

Das Kapital in der Krise.

Für jeden Arbeiter, der Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge besitzt und sich fortlaufend über die jeweiligen Veränderungen im Wirtschaftsleben zu unterrichten sucht; der auch die jetzige Krise nicht als eine von Gott gewollte Prüfung der Menschen ansieht, sondern als eine im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründete Erscheinung; der persönlich unter dieser Krise leidet oder seine Kollegen und andere Arbeiter und Mitmenschen leiden sieht, der fragt sich auch, wie die Krise auf das Kapital gewirkt hat und noch wirkt. Und die Antwort auf diese Frage kann nur sein, daß es allerdings wie die Arbeit in Mitleidenschaft gezogen wurde, aber nicht auf der ganzen Linie, zum großen Theil nicht im empfindlichen Maße und nur zum kleineren Theil in einer fühlbareren Art.

So sind bis jetzt unter der Wirkung der Krise nur wenige Unternehmungen der Metall- und Maschinenindustrie, um uns auf diese zu beschränken, zusammengebrochen und soweit dieser Zusammenbruch erfolgte, handelte es sich um Industrien, die vor dem Eintritt der Krise schon „nothleidend“ waren, wie z. B. die Fahrradindustrie und die damit zusammenhängende Gußstahlkugelinindustrie. Ferner ist auch die Zahl jener Betriebe nicht groß, die keine Dividenden verteilen können oder nur solche, die unter 5 Prozent bleiben. Wir haben daraufhin eine große Zahl von Aktienunternehmungen untersucht und nur wenige herausfinden können, welche in so ungünstiger Lage sind. Als solche führen wir an: Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Straube in Frankenthal (1900: 4 1/2 Proz. Dividende), Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen Zimmermann u. Co., A.-G. in Halle a. S. (5 Proz.), Motorfahrzeug-Akt.-Ges. Düsseldorf (0), Waggonfabrik Weimar, & Spreß-Fahrradwerke Neumarkt, Dresdener Maschinenfabrik und Schiffswerft, Rhönizier-Werke Görlitz (2740 gegen 56791 M. Reingewinn in 1899), Kugelwerk Duisburg (0), Sächsischer Maschinenfabrik in Görlitz bei Köln (6 Prozent), London-Fahrradwerke Brandenburg (7 Prozent) u. s. w. Das letztere Unternehmen ist nach dem Geschäftsberichte voll beschäftigt und die Jahresproduktion in Fahrrädern durch Lieferungsverhältnisse sehr verlaufen. Die Röhrenwalzwerke Schulte-Görlitz haben das Geschäftsjahr 1900 mit einem Verlust von 256,813 M. bei 1,700,000 M. Aktienkapital und sie bemerken dazu, daß der Verlust sich zusammensetzt aus 172,612 M. Generalunkosten, 57,276 M. Abschreibungen, sowie 26,925 M. Verlust auf Substitutionsfonds. Es werden eine Reihe von Gründen für dieses ungünstige Ergebnis angegeben. Der Rückgang der Konjunktur habe den Bedarf herabgemindert, dazu hätten die amerikanischen und neu-europäischen Konkurrenz die Preise herabgedrückt. Ferner ist die erhöhte Preiskämpfung zwischen dem Eisenhandel und den deutschen Eisenhüttenwerken zu erwähnen und dadurch auch das

bestehen des Siederohr- wie des Gasrohr-Syndikats habe man trotzdem bis Ende d. J. durchgeführt. Vor Allem aber seien die Röhrenwalzwerke in Folge des Mißverhältnisses zwischen den zu hohen Preisen angekauften Rohmaterialmengen und dem fehlenden Absatz der Produkte in mißlicher Lage.

Manche-Geschäfte, die jetzt keine oder nur geringe Dividenden an ihre Aktionäre entrichten können, haben solche in früheren Jahren in recht ansehnlicher Höhe vertheilt, ebenso Unternehmungen, die jetzt liquidiren müssen. Haben die Aktionäre das Rezept befolgt, das sonst die Kapitalisten und ihre Handlanger immer den Arbeitern zur Befolgung empfehlen, recht fleißig zu sparen, damit sie in der schlechten Zeit Ersparnisse zum Zusetzen haben, so haben sie jetzt erkleckliche Summen zum Zusetzen und es geht ihnen daher trotz der Krise noch sehr gut, auf jeden Fall besser, als den von der Krise betroffenen Arbeitern.

Die Mehrzahl der Aktienunternehmungen vertheilt aber nach wie vor fette und annehmbare Dividenden an ihre Aktionäre, zum Theil noch höher, als im vorigen Jahre, zum andern Theil in der gleichen Höhe oder nicht viel niedriger, was sich aus folgender Uebersicht ergibt. Es erzielten Gewinne und vertheilten Dividenden:

	1900		1901	
	Gewinn	Dividende	Gewinn	Dividende
	M	Proz.	M	Proz.
Akt.-Ges. für Rheinisch-Westfäl. Industrie	1,086,900	60	375,802	21
Halle'sche Maschinenfabr. und Eisengießerei	1,086,375	36	850,371	33
Ludwig Löwe, Akt.-Ges., Berlin	1,800,000	24	1,800,000	24
Hüttenwerk, Eisengieß., Masch.-Fabr., Mittelstadt	151,182	24	148,815	23
Ber. Fabriken landw. Maschinen, Augsburg	692,150	22 1/2	885,023	22 1/2
Sangerhäuser Akt.-Maschinenfabr. u. Eiseng.	628,154	22 1/2	559,193	22 1/2
Neusser Eisenwerk, Seerdt b. Köln	316,902	21	388,031	24
Fabrik f. Nähmasch. und Stahlapparate, Berlin	174,719	20	230,437	24
Hannob. Zentralheizungs- u. -Fabrik	231,568	19	237,800	24
Waggonfabrik Gebr. Hofmann u. Co., Breslau	433,823	18	782,290	22 1/2
Hein. Lehmann u. Co., Berlin	482,391	18	883,625	18
Eisweiler-Köln. Hütten-Akt.-Ges.	?	16	?	13
Köln. Eisenröhren u. Köln-Ehrenfeld	351,232	16	243,660	13
Seidel u. Raumann, Nähmaschinen, Dresden	1,117,257	16	1,151,095	16
Solomotifabrik Krauß u. Cie., München	1,475,587	16	1,133,308	18
Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik	1,010,251	16	575,598	8
Sindes Gasmaschinen, Wiesbaden	?	15	?	25
Mit u. Genest, Telephonwerke u., Berlin	751,433	14	601,853	12
Breslauer Eisenbahn-Wagenbau	992,849	14 1/2	?	16
Nürnberg Metall- u. Raffineriewarenfabrik	?	14	?	14
Stettiner Sulfur	?	14	?	12
Eisen- und Ofenbau, Düsseldorf	1,928,206	13	1,811,972	13
Maschinenfabr. Gräner, Durlach	364,000	13	364,000	13
Eisenw. Wäffel, Hannover	309,739	12 1/2	?	?
Kupferhütten u. Edmetalle in Schalle	745,253	12 1/2	745,351	12 1/2
Mathildenhütte Neustadt-Harzberg	220,536	12	207,921	12
Frankfurter Maschinenfabrik (a. M.)	115,945	12	301,088	25
Schiffswerft u. Masch.-Fabrik, Bremerhafen	345,096	12	174,946	9
Federhütten-Industrie in Kassel	293,393	12	322,283	12
Köln-Neustädter Pulverfabrik	?	12	?	12
Leipziger Schnellpressenfabrik	159,242	11	179,759	12 1/2
Nähmaschinenfabrik Koch, Bielefeld	233,923	11	215,829	11
Metallwaarenfabrik Bur u. Stein, Berlin	176,655	11	161,062	11
Metallgraben-Fabrik Meckeln, Berlin	271,498	11	—	—
Maschinenfabr. Gutmann, Hamburg	?	11	?	8
Deutsche Waffen- und Munitions-Fabriken, Berlin-Charlottenburg	1,650,000	11	2,700,000	13
Strochplatten-Fabrikation, Köln	219,619	10	210,336	10
Faber u. Schleiter, Offenbach	184,157	10	310,485	17
Stichtbau u., Neustadt a. Rh.	141,030	10	161,000	10

* Bericht über das erste Geschäftsjahr.

	1900		1901	
	Gewinn	Dividende	Gewinn	Dividende
	M	Proz.	M	Proz.
Oberschlesische Eisenindustrie u. Gleisbau	2,205,000	10	2,730,000	13
Berthold, Messinglithenfabrik u., Berlin	425,409	10	456,877	11
Maschin. u. Armaturenfabrik, Höchst a. M.	343,589	10	328,278	10
Siegener Eisenindustrie	387,243	10	331,881	15
Grüneberger Werkzeugwerke, Strassburg-Grüneberg i. El.	138,117	10	190,226	10
„Kronprinz“ Metallindustrie, Ohligs	?	10	?	16
Dresdener Gasmotorenfabrik	140,925	10	174,287	10
Halm'sche Werke, Berlin	517,889	10	763,000	16
Schrauben- u. Fabrikat., Geyer i. W. *)	195,262	10	—	—
Feld- und Kleinbahnfabrik, Berlin	?	10	?	20
Band- u. Seelabelwerke, Köln-Rippes	352,049	10	344,705	9
Adler-Fahrradwerke, Frankfurt a. M.	800,000	10	480,000	16
Buderus'sche Eisenwerke, Wehlar	1,913,616	9	1,855,230	6
Radebeuler Guß- und Emailtwerke	180,882	9	126,160	9
Aluminium- u. -Fabrik, Gemeltgen	?	9	?	5 1/2
Oberschles. Eisenbahnbedarf-Akt.-Ges.	4,148,241	9	3,715,886	9
Neptun, Schiffswerft u. Maschinenbau, Rostock	973,634	9	873,180	8
Fabrik f. Blechemballage, Berlin	68,885	8 1/2	67,081	8 1/2
Emailtwerk u., Paris-Scharik D.-Schles.	602,573	8	269,615	12
Waffenfabrik Mauser, Oberndorf	?	8	?	0
Orbit, Kunstgewerbliche Metallwaarenfabrik, Köln	102,047	8	?	?
Filter- u. brautechnische Masch.-Fabrik, Worms	?	8	?	10
Hugo Schnelzer, Leipzig	275,535	8	281,938	8
Eisengießerei vorm. Kersling u. Thomas, Berlin	221,311	8	275,063	7 1/2
Maschinenfabrik Benzky, Graudenz	148,771	8	137,741	3
Eisenwerk München vorm. Kießling u.	181,054	8	221,318	9 1/2
Eisenwerke Pirzenhain u. Vollar	690,321	8	356,841	6
Flensburger Eisenwerk	325,902	?	244,449	7 1/2
Vieler Maschinenbau, vorm. Duvel	60,633	7 1/2	80,592	9
Halle'sche Union, Masch.-Fabrik u.	473,538	7 1/4	481,750	10
Stahlbahnwerke Freudenstein u. Co., Berlin	208,562	7	363,635	14
Gießerei Sugg u. Co., München	45,987	7	78,236	9
Rhein- u. Westf. Kupferwerke, Döpen i. W.	128,410	7	107,468	7
Schuler, Metallwaarenfabrik, München *)	38,200	7	—	—
Rhein. Metallwaaren- u. Masch.-Fabr., Düsseldorf	480,000	7	969,500	14
Masch.-Fabr., Altdorf *)	154,484	7	—	—
Masch.-Fabr. Germania, Chemnitz	54,721	7	953,674	12
Eisenhüttenwerk Thale	1,049,013	7 1/4	1,218,481	10
Hofwaldwerke Kiel	590,704	6	?	6
Frankenthaler Kesselschmiede u.	?	6	?	6
Schmirgel- u. Maschinenfabrik, Frankfurt a. M.	73,345	6	64,282	7
Schiffsgießerei u. Masch.-Fabrik, Offenbach	72,056	6	115,597	9
Röhlische Maschin.-Fabr., Köln-Borngenthal	243,608	6	282,822	8
Eisenwerke vorm. Nagel u. Kämp, Hamburg	?	6	?	10
Süddeutsche Kugelwerke, Mannheim	167,703	6	164,000	8
Mägdeburger Eisenhüttenwerk	69,517	6	85,000	7
Königlich Marienhütte, Rautschdorf	391,488	5 1/2	349,157	5
Eisen- u. Bronze-Gießerei, Mannheim	109,974	5	141,444	8
Duisburger Kupferhütte	589,322	5	391,834	5
Süddeutsche Wasserwerke, Nürnberg	246,447	5	127,843	0
Schiff u. Rossmann, Berlin	132,890	5	?	?
Masch.-Fabr. Guttsmann, Breslau	91,250	5	144,000	9
Maschinenbau-Anstalt Klötzer, Gießen	290,148	3	401,235	9
Gasmasch.-Fabrik Amberg	94,613	3	113,533	4
Düsseld. Rating. Röhrenleßfabrik, Ratingen	424,541	2	345,829	0
Nähmaschinen- u. Fahrradfabrik, Stettin	50,969	2	222,533	7 1/2

(Schluß folgt.)

* Bericht über das erste Geschäftsjahr.

Goldschmiede-Konferenz.

Nach Beendigung der Generalversammlung des D. M. V. fand am Sonntag, den 2. Juni, Vormittags, im Restaurant „Martin Behaim“ in Nürnberg eine Konferenz der Goldschmiede statt, an welcher teilnahmen: Rudolf Brückner, Fritz Gehnemann-Berlin; Karl Klein-Pforzheim; Paul Kömpf, Karl Oster-Stuttgart; Franz Babel-Magdeburg; Friedr. Föller-Dresden; Gustav Schulze-Heilbronn; Rudolf Wiederemann-Breslau; Hans Ziegler-Schw. Gmünd; Fr. Stögen-Bremen und Herrn. Faber-Stettin. Vom Vorstand waren vertreten Schlöde und Werner. In das Bureau wurden die Kollegen Brückner-Berlin als Vorsitzender und Faber-Stettin als Schriftführer gewählt.

Holl. Brückner gibt zunächst eine Reihe von Zuschriften aus Düsseldorf, Hamburg, Leipzig und Augsburg bekannt. Dann erfolgt die Berichterstattung über die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse an solchen Orten, wo das Goldschmiedegewerbe als in Betracht kommende Industrie vertreten ist. Infolge einer Umfrage der Stuttgarter Kollegen in den früheren Zahlstellen des Goldschmiede-Verbandes sind zum Metallarbeiter-Verband übergetreten: in Berlin 167, Breslau 33, Düsseldorf 48, Görlich 32, Leipzig 5, Magdeburg 16, Pforzheim 455, Stuttgart 30, Schw. Gmünd 10, zusammen 796 Mitglieder. Abgefallen sind bei Gelegenheit des Uebertritts zum Metallarbeiter-Verband: in Berlin 65, Breslau 22, Düsseldorf 1, Görlich 2, Leipzig 14, Magdeburg 5, Pforzheim 150, Stuttgart 25, Schw. Gmünd 100, zusammen 354 Mitglieder. Von Braunschweig, Döbeln, Essen, Mainz und Naumburg sind keine Antworten eingegangen, doch dürften in diesen Verwaltungenstellen die Kollegen auch zum größten Teil zum Metallarbeiter-Verband übergetreten sein. In Hanau und Hamburg bestehen außer den in diesem Bericht noch angeführten Sonderorganisationen auch noch Lokalorganisationen der Goldarbeiter.

Oster und Kömpf-Stuttgart berichten dazu, daß in 21 Geschäften in Stuttgart 333 Kollegen beschäftigt werden. Davon sind 221 Kollegen organisiert und gehören dem Metallarbeiter-Verband an. Von den 21 Geschäften arbeiten 9 mit zusammen 59 Lehrlingen und 176 Arbeitern. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und die Mittagspause 1 1/2 bis 1 1/2 Stunden. Die Ueberzeitarbeit wird mit 10 bis 25 Prozent höher bezahlt. Die Behandlung der Arbeiter in einzelnen Geschäften ist gut; sie könnte überall so sein, wenn die Arbeiter durch Zulassung der Organisation etwas mehr darauf dringen würden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird von den Kollegen allseitig in Stuttgart angestrebt. Der Berichterstatter hebt hervor, daß im Uebrigen schon mancherlei Verbesserungen durch gütliche Verständigung mit den Prinzipalen durchgeführt werden konnten und auch in Zukunft auf ein Entgegenkommen der Prinzipale gerechnet werde. Die Lohnverhältnisse waren in den letzten Jahren durch reichliche Arbeitslosigkeit annehmbare, obgleich auch noch Stundenlöhne von 25—28 Pfg. gezahlt werden. Der Durchschnittslohn dürfte sich auf 38 Pfg. pro Stunde belaufen; es werden jedoch auch bei Steinarbeit in einzelnen Geschäften bessere Löhne verdient. Den Organisationsbestrebungen der Arbeiter wurde von den Prinzipalen bisher noch nichts in den Weg gelegt. Bei einer regeren Theilnehmung der Kollegen an der Organisation könnte trotzdem noch manche Verbesserung und Erleichterung für die Kollegen erzielt werden.

Gehnemann-Berlin geht zunächst auf die Verhältnisse ein, die in Berlin die Goldschmiede zum Anschluß an den Metallarbeiter-Verband veranlaßt haben. Die Berliner Kollegen seien sich darüber klar gewesen, daß nach den damals gegebenen Verhältnissen unbedingt eine Aenderung der Organisation eintreten mußte, doch mußte ebenso eine Zersplitterung vermieden werden. Das ist zum Theil auch durch den Beschluß der Berliner Kollegen, sich dem Metallarbeiter-Verband anzuschließen, gelungen, wenngleich eine große Zahl von Kollegen damals dem Verband den Rücken gelehrt habe. Beim Uebertritt waren nur noch 135 organisierte Kollegen vorhanden. Eine nun einsetzende Lohnbewegung der Graveure und Ziselure auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit sei ohne nennenswerthen Erfolg beendet worden. Jetzt aber gingen auch die Goldschmiede an eine Bewegung zu demselben Zweck und diese hatte den Erfolg, daß die Zahl der Mitglieder auf ca. 500 stieg und für einen großen Theil der Arbeiter die Arbeitszeit von 9 Stunden errungen wurde. Leider seien die Goldarbeiter und Ziselure nur in geringer Zahl, etwa 50, organisiert. Deswegen sei es auch sehr schwer, in den Betrieben der Goldarbeiter irgend welche Vortheile für die Arbeiter zu erringen. Der befürchtete Rückgang der Organisation sei nach dem Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband in Berlin nicht eingetreten, sondern es sei festzustellen, daß damit ein großer Fortschritt bezügl. der Zahl der Organisierten und auch bezügl. der errungenen Vortheile für die Arbeiter zu verzeichnen gewesen sei. Brückner-Berlin belegt weiter mit Zahlen die Ausführungen Gehnemanns und betont, daß durch die Organisation unter den Kollegen der Silberwaarenbranche eine straffe Disziplin eingeführt wurde, die allen Kollegen zum Vortheil gereiche. Bei den Bestdarbeitern besonders sei erreicht worden, daß neuereitrende Kollegen sich sogleich bei ihrem Arbeitsantritt der Organisation anschließen. Hier seien von sämtlichen in der Bestdarbeitersbranche beschäftigten Kollegen 90—95 Prozent bereits organisiert. Der Geist der Kühnheit sei in Berlin zum Glück für Arbeiter und Unternehmer noch nicht eingezogen, sonst dürften ähnliche Konflikte wie in den übrigen Gewerben der Metallindustrie auch hier nicht ausgeblieben sein. Nach den Angaben Brückners gibt es in Berlin insgesamt 250 Werkstätten. Davon sind 133 Ziselier- und Goldwaaren-Werkstätten, 40 Silberarbeiter-Werkstätten und 27 Hilfsbetriebe (Silberdrücker, Zieger, Schleifer usw.). Gehilfen waren am Schluß des Jahres 1900 beschäftigt 998, weibliche Personen (Gold- und Silberpolierinnen, Kitterinnen, Schnalendberinnen, Kettenmacherinnen u. s. w.) 276, Hilfsarbeiter 195, männliche Lehrlinge 317, weibliche Lehrlinge 48, zusammen 1834 Personen. Bezüglich der Erringung der 9stündigen Arbeitszeit kommen nur Silberwaarenwerkstätten in Betracht. Insgesamt ist für 16 Werk-

stätten die neunstündige Arbeitszeit errungen worden. In einer Werkstätte beträgt die Arbeitszeit sogar nur 8 1/2 Stunden. In diesen 16 Werkstätten werden jedoch 1/3 aller Silberarbeiter am Orte beschäftigt. Die Gesamtzahl der Silberarbeiter, der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter, für welche der Neunstundentag erreicht wurde, beträgt ohne Einrechnung der Lehrlinge 780 Personen. — Beachtenswert sind auch die Zahlen über die Größe der Betriebe. Von den 133 Ziselier- und Goldarbeiter-Werkstätten beschäftigen 30 nur Lehrlinge, 135 Werkstätten arbeiten mit 1—5 Gehilfen, 18 Werkstätten arbeiten mit 6—30 Gehilfen, zusammen werden in diesen 133 Geschäften 390 Gehilfen beschäftigt. Von den 40 Silberwaaren-Werkstätten arbeiten 3 ohne Gehilfen, 21 mit 1—5 Gehilfen und 16 Werkstätten mit 6—100 Gehilfen; zusammen 608 Gehilfen. — In dem Goldschmiede zum Metallarbeiter-Verband übergetreten 165 Kollegen. Am Schluß des Jahres 1899 waren jedoch im Metallarbeiter-Verband schon wieder 287 Kollegen organisiert. Den weiteren Beweis für die Zweckmäßigkeit des Anschlusses an den Metallarbeiter-Verband ergibt die Thatsache, daß am Schluß des Jahres 1900 die Zahl der organisierten Gold- und Silberarbeiter nebst Hilfsarbeiter über 400 beträgt, eine Zahl, die der alte Verband in seinen besten Tagen nicht erreicht hat. Redner hofft, daß es der Organisation gelingen werde, im Herbst bei besserem Geschäftsgang auch die Goldarbeiter und Ziselure in größerem Maße zur Organisation heranzuziehen.

Babel berichtet über die Verhältnisse im Rheinland. In Köln habe ein Unternehmer den Versuch mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht. Das Resultat dieses Versuches sei für den Unternehmer derartig überraschend gewesen, daß er unter Bestimmung seiner Arbeiter noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen gedenke. Die Lehrlingszuchterei sei in Köln nicht vorhanden, doch sei die Organisation der Kollegen nur schwach. Bei 70 bis 80 Beschäftigten seien nur 7 Organisierte zu verzeichnen. Ein anderer Theil unserer Kollegen gehöre dem Graveur-Verbande an. — In Bonn seien 50 bis 60 Kollegen beschäftigt. Von diesen sei Niemand organisiert. Dafür müssen sich die dortigen Kollegen in einem Geschäft die elendeste Behandlung gefallen lassen. So würden ihnen Ohrfeigen angeboten, auch würden sie mit Schimpfreien bedacht. Es sei hier jedoch nur Schuld der Kollegen selber, wenn ihnen noch eine derartige Behandlung zu Theil werde. Würden sie sich dagegen wehren, sich organisieren, so dürften diese elenden Verhältnisse bald beseitigt sein. — Ueber Magdeburg berichtet derselbe Kollege weiter, daß dort nur Goldarbeiter für die Organisation in Betracht kämen. Ein großer Unternehmer habe sogar seine Zufriedenheit mit der Goldschmiede-Bewegung erklärt, weil dadurch eine Regelung der Löhne und Arbeitszeit und somit auch eine Beseitigung der Konkurrenz für die Unternehmer und vieler Uebelstände für die Arbeiter angestrebt werde. In einem anderen Geschäft Magdeburgs haben die Arbeiter über den Werkführer, der sich als Antreiber herausbilde, besonders zu klagen. In Magdeburg seien von 70 Beschäftigten nur 20 organisiert.

Wiederemann-Breslau berichtet, daß ca. 400 Arbeiter in der Breslauer Gold- und Silberwaaren-Industrie beschäftigt werden. Von diesen seien gegenwärtig nur 46 organisiert. Bei Gründung des Goldschmiede-Verbandes betrug sogar die Mitgliederzahl 72 und ist das die höchste Zahl gewesen, die jemals für Breslau erreicht wurde. Leider sei bald wieder der Indifferentismus unter den Kollegen eingegriffen und nur ein Theil wegen Beitragsrückzahlung gestrichen worden. Die Mitgliederzahl ging im Jahre 1899 sogar bis auf 17 herunter. Bis zum Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband sei die Mitgliederzahl inzwischen gestiegen und traten 35 Mitglieder in den Verband über. Redner führt noch einige Fälle von Maßregelungen an, die in Breslau die agitatorisch thätigen Kollegen trafen. Ebenso sei auch ein starker Wechsel der Kollegen in Breslau zu verzeichnen. Es gibt dort Kollegen, die der Organisation schon zwei und noch mehrere Male angehört. Für die Organisation kommen besonders die Brillen- und Pingenz-Arbeiter in Betracht; je seien im Verhältnis zu den Arbeitern der anderen Branchen im Goldschmiedegewerbe noch am besten organisiert. Von ca. 50 Beschäftigten dieser Branche gehören 18 der Organisation an. Die Löhne — es wird in Afford gearbeitet — schwanken zwischen 12 und 30 Mark pro Woche. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 10 1/2 Stunden. — Ueber die Zahl der in der Bijouterie- und Silberwaarenbranche beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge sind genaue Angaben nicht zu machen, weil der Indifferentismus der Kollegen in vielen Geschäften derartig groß sei, daß von ihnen Mittheilungen über Löhne, Arbeitszeit, Zahl der Beschäftigten nicht zu erlangen waren. Bemerkenswert soll noch werden, daß durch die Errichtung einer Zahlstelle des Graveur-Verbandes in Breslau ein Theil der bereits im Metallarbeiter-Verband organisierten Graveure und Ziselure in den Graveur-Verband hinübergelobt wurden. Die Zahlstelle desselben hat gegenwärtig 15 Mitglieder. — In Görlich liegt die Organisation gänzlich darnieder. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort die denkbar elendesten. Der Girsch-Dunderische Gewerbeverein dominiert, aber bisher ist von diesem zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts Nennenswerthes gethan worden. Unsere Zahlstelle ging in Folge des Verzuges derjenigen Kollegen, die agitatorisch thätig waren, auf 20 Mitglieder zurück. Die Lehrlingszuchterei ist besonders in der Ringfabrikation dort üblich und es wird dort behauptet, daß eine Firma nur deswegen konkurrenzfähig sei, weil sie viele Lehrlinge beschäftige. Da hier meist in Afford gearbeitet wird, so schwanken die Löhne ebenfalls beträchtlich. Charakteristisch ist der Eric eines Unternehmers, der seine Gehilfen verpflichtet, ein volles Jahr lang bei ihm in Arbeit zu bleiben. Dafür dürfen sie auch wöchentlich 15—18 Mark verdienen. Bei einer anderen Firma, wo der Girsch-Dunderische Gewerbeverein besonders stark vertreten ist, besteht sogar noch die elfstündige Arbeitszeit. — In Langenbielau und Girschberg sei auch in letzter Zeit das Bestreben unter den Kollegen zum Anschluß an die Organisation zu verzeichnen und soll in nächster

Zeit von Breslau aus das Nöthige eingeleitet werden. — Babel-Magdeburg führt dazu noch an, daß in Görlich die Hilfsarbeiter in der Ringfabrikation sich im Lohn besser sehen wie die Goldarbeiter. Die Ersteren seien es sogar, die die Organisation zum großen Theil noch halten.

Schulze-Heilbronn führt an, daß in Heilbronn die Kollegen eifrig thätig gewesen seien, um nach Auflösung des alten Verbandes eine Lokalorganisation zu gründen, doch habe sich später die Mehrheit der Kollegen demnach für den Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband erklärt. Den etwa 700 in der Industrie in Heilbronn Beschäftigten ständen nur 90 organisierte Kollegen gegenüber. Die Zahl der Lehrlinge sei eine ungebührlich große. Redner hofft, daß es durch das Eingreifen der Verbandsleitung auch in Heilbronn bezügl. der Zunahme und Stärkung der Organisation besser werden würde.

Ziegler-Schw. Gmünd bedauert das Budern der Vergnügungsvereine in Schw. Gmünd. Für die Ausgaben in solchen Vereinen hätten die Kollegen immer Mittel übrig, wenn sie sonst auch über schlechte Zeiten klagen; um damit für sich das Fernbleiben von der gewerkschaftlichen Organisation zu entschuldigen. Einen heftigen Widerstand leisteten die Kollegen dem Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. Da hätte es immer geheißen, der Metallarbeiter-Verband könne den Goldschmieden nichts nützen u. s. w., obwohl die Beispiele aus Berlin geradezu das Gegentheil beweisen hätten. Am 1. Oktober 1899 habe die Zahlstelle des Goldschmiede-Verbandes noch 120 Mitglieder gehabt. Nach der damals eingetretenen Beitragserhöhung sei die Mitgliederzahl dann bis auf 85 heruntergegangen. Durch geeignete Werkstättenorganisation und besonders durch die Abhaltung von Werkstättenversammlungen, in welchen die Uebelstände der einzelnen Betriebe erörtert und für den Verband dabei Agitation getrieben wurde, sei die Mitgliederzahl dann wieder bis auf 125 gestiegen. Als der Anschluß an den Metallarbeiter-Verband am 1. Januar 1900 erfolgte, seien nur 9 Kollegen mit übergetreten, während die große Mehrzahl diese Gelegenheit benützte, um sich überhaupt von der Organisation zu drücken. Mit den inzwischen zugewanderten Kollegen und einigen Aufnahmen seien jetzt ca. 24 Kollegen im Metallarbeiter-Verband organisiert. Die Gesamtzahl der am Orte in der Industrie beschäftigten Arbeiter beträgt etwa 3000. Organisiert sind außerdem noch ca. 80 christliche Metallarbeiter und ca. 70 lokalorganisierte Presser, Schleifer und Metalldrücker. Die Zahlstelle des Graveurverbandes hat auch ca. 60 Mitglieder. Bezüglich der Löhne führt Redner an, daß es neben den durchschnittlich zu niedrigen Löhnen auch solche gebe, die als gute bezeichnet werden, die aber Ausnahmefälle sind. Mit den letzteren wird dann in aller Welt herumgeprahlt. So seien Kollektoren vorhanden, die wöchentlich 40—45 Mk. verdienen, dabei sind aber meistens nicht angegeben, daß dieser Wochenverdienst nur dadurch erreicht wurde, daß die Kollegen fast täglich 16—17 Stunden arbeiteten. Bei derartigen Wochenverdiensten kürzten dann die Fabrikanten die Löhne. So seien die Preise für Schirmgriffe von 85 Pfg. auf 40 Pfg. herabgesetzt worden. In der freien Zeit, in welcher nur 10 Stunden gearbeitet werde, ließen sogar die Kollegen zum Fabrikanten, um sich über die zu kurze Arbeitszeit zu beschweren. (Und solche Leute dünken sich dann noch als Künstler?! Anmerkung des Seherlehlings.) Redner meint, daß es in Bezug auf die Organisation der Kollegen in Schw. Gmünd erst dann besser werde, wenn dieselben von ihrem sogenannten Künstlerdünkel lassen und durch das Elend und die Noth gezwungen werden, sich mit ernstern Dingen zu beschäftigen, als in den zahlreichen Vergnügungsvereinen getrieben werden.

Stögen-Bremen: Die Verhältnisse in Bremen machen es nicht leicht, eine andere Form der Organisation anzunehmen. Wesentlich bestand früher in Bremen eine Zahlstelle des Goldschmiede-Verbandes, die später in eine Lokalorganisation umgewandelt wurde. Im Herbst 1899 wurde wieder in die Agitation zur Umwandlung des Lokalvereins in eine Zahlstelle des Goldschmiede-Verbandes eingetreten, doch die Sache verlief resultatlos, weil der Meister des Goldschmiede-Verbandes die Verantwortlichkeit der Agitation im Stiche ließ. Dem Uebertritt der lokalorganisierten Kollegen zum Metallarbeiter-Verband wurde unter den Bremer Kollegen selbst die größte Opposition bereitet, speziell die älteren Kollegen gehörten dieser Opposition an und zwar aus folgenden Gründen: Eine große Firma in Bremen hat für ihre Arbeiter vom 1. Mai 1900 ab eine Pensionskasse eingerichtet, aus welcher die Kollegen nach Vollendung des 60. Lebensjahres 700 resp. 900 Mk. Pension beziehen. Die älteren Arbeiter dieser Firma sind nun aber meist alle Mitglieder der Lokalorganisation und sie wollen dabei auch nicht ansehen, daß es selbst trotz der Pensionskasse für sie immer noch von Vortheil ist, wenn sie außerdem noch Mitglieder einer leistungsfähigen Zentralorganisation sind, deren Zweck es ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen zu bessern. Als die Bremer Kollegen nun in der Agitation für den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband begriffen waren, schlossen sich infolge dieser Agitation rund 90 neue Mitglieder aus einer Fabrik der Organisation an und trugen wesentlich dazu bei, daß der Anschluß zu Stande kam. Die darüber beschließende Generalversammlung des Lokalvereins erklärte sich denn auch mit 67 gegen 2 Stimmen für den Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband und zwar mit dem 1. Juni 1901. Die werbende Kraft dieses Beschlusses dokumentierte sich denn auch darin, daß die Mitgliederzahl von 160 bis 170 auf 250 stieg. Wieviel Mitglieder nach dem Uebertritt verloren gehen werden, ist noch nicht zu ermessen, doch dürfte die Zahl nur gering sein. Zu bemerken sei ferner noch, daß die neuen Mitglieder, die unter der Einwirkung des schlechten Geschäftsganges für die Organisationen gewonnen werden, fester an derselben halten werden, als vorausichtlich die älteren Mitglieder, von denen Redner vorher sprach. Die Letzteren werden höchstwahrscheinlich der Organisation den Rücken kehren. Herbergehoben soll noch werden, daß viele der älteren Mitglieder auch deswegen zu den Opponenten gehörten, weil sie annahmen, daß nach dem Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband die Sterbekasse, die die Lokal-

organisation für ihre Mitglieder eingerichtet hatte, in Wegfall käme. — Die Mitglieder der Lokalorganisation erhalten nämlich nach ein-, zwei- und dreijähriger Mitgliedschaft 25, 50 und 75 M. Sterbegeld —; das ist aber nicht der Fall. Für den angeführten Zweck verbleiben als Fond zur Verfügung der Mitglieder in Bremen 1500 M. an Orte, während 1000 M. an die Verbandskasse abgeführt werden.

Mein-Pforzheim: In Pforzheim seien 14—16,000 Beschäftigte in der Industrie vorhanden; davon seien 600 organisiert. Wenn aber die Arbeiter und Arbeiterinnen keine Mittel übrig haben für die Leistung der Beiträge zur Organisation, so hätten sie doch für die 24 Gesangsvereine und diversen sonstigen Vereine noch Gelder übrig. Die Vereinsmeierei sei wie in Schw. Gmünd auch hier zum großen Theil die Ursache, daß unsere Kollegen sich um ernstere Dinge nicht kümmern. Gerade hier seien es aber auch Unternehmer, die sogar auf Seite der organisierten Kollegen ständen, weil sie erkannt haben, daß die Arbeiterbewegung und die Organisation eine zwingende Nothwendigkeit im Interesse des Gewerbes selber sei. Sogar der Fabrikinspektor in Karlsruhe stehe in diesem Bestreben der Arbeiter, eine Regelung in der willkürlichen Betriebsweise in den Fabriken in Pforzheim zu schaffen, auf Seiten der organisierten Arbeiter. Hedner verbreitet sich noch in längeren Ausführungen über den Beschluß der Handelskammer bezüglich der Aufhebung des § 616 des W. G. B. Die Handelskammer habe wohl bestimmt, daß die Industrie in Pforzheim eine Saisonindustrie sei, oder als solche zu gelten habe, aber der § 616, der die Lehrlingsausbildung behandle, die für ein Saisongewerbe doch dann auch nicht mehr am Platze sei, habe sie trotzdem bestehen lassen. Der Karlsruher Gewerbe-Inspektor habe den Arbeitern in Pforzheim selber in der öffentlichen Versammlung darüber Belehrung gegeben. Hedner wünscht ferner, daß der Hauptvorstand die Pforzheimer Kollegen in Bezug auf Streiks, die planmäßig vorgenommen werden sollen, um die schlimmsten Uebelstände zu beseitigen, unterstützen möge. Auch die Hausindustrie nehme mit allen ihren wirtschaftlichen Gefahren in Pforzheim ihren Einzug. Im Zeitraum von 2 Jahren seien 25 Filialen am Orte errichtet worden. Hedner wünscht dann die Einrichtung einer Agitationskommission in Pforzheim und begründet dieses Verlangen damit, daß unter der alten Verbandsleitung 900 Mitglieder vorhanden waren, während jetzt nur noch 400 Geldarbeiter organisiert sind. Damit sei erwiesen, daß wenn eine thätigkeitsleitende der Agitation oder eine Person mit solchen Funktionen am Orte sei, die Organisation zunehme und Fortschritte mache.

Schlische wendet sich gegen die letzteren Ausführungen und betont, daß die verwaltende Thätigkeit eines solchen Beamten oder Beauftragten einen nicht unbedeutenden Faktor der erfolgreichsten Thätigkeit für den Verband bilde. Es sei unzumuthbar, einen solchen Beamten nach Pforzheim zu setzen, das habe sich an Frebe gezeigt. Er wünsche vielmehr die Einrichtung einer Zentralkasse für sämtliche Angelegenheiten der Gold- und Silberarbeiter am Orte des Hauptvorstandes. Er empfehle ferner die Herausgabe einer besonderen Agitationschrift, die nur an die Kollegen zur Verbreitung gelangt. Die Metallarbeiter-Zeitung würde von den Goldschmieden wenig oder gar nicht gelesen.

Berner vermahnt sich gegen die etwa vorhandene Meinung oder Auffassung, als ob er Frebe die Zusicherung einer dauernden Anstellung gegeben habe. Frebe habe ihm erklärt, daß er die Zahlstelle Pforzheim in absehbarer Zeit auf 1500 Mitglieder bringen wolle, obwohl er, Berner, auf diese Erklärung Frebe's gar kein Gewicht gelegt und das auch schließlich gar nicht geglaubt habe. Er aber habe verlangen können, daß Frebe wenigstens einigermaßen seine Geschäfte führe, statt dessen habe dieser eine sehr mangelhafte Geschäftsführung beliebt. Besonders die Abrechnung vom Goldarbeiter-Verband sei derartig in Unordnung gewesen, daß er zwei Tage zur Regelung derselben gebraucht habe und das neue Material aus dem alten (erlebigen) habe herausfinden müssen. Auch seien einzelne neue Abrechnungen von einigen Zahlstellen überhaupt nicht mehr vorhanden gewesen. Als er Frebe um Aufklärung über dieses Fehlen der Abrechnungen ersucht habe, hätte ihm dieser erklärt, daß er einen Kopien Material hinzuliege verkauft habe und könnte es sein, daß die fehlenden neuen Abrechnungen mit darunter gewesen seien. Durch Frebe, das betone er ausdrücklich, sei eine Förderung der Organisation der Goldschmiede nicht herbeigeführt worden. Nach einer Reihe notwendiger Ausführungen ist die Berichterstattung erledigt.

Die weitere Diskussion über die zukünftige Agitation erweist sich nunmehr nur auf eine von Kampf-Strategie gestellte Resolution; dieselbe lautet: „Die Konferenz der Gold- und Silberarbeiter und deren Vertretungen ist nach der durch die Berichterstattung der vertretenen zehn Mitgliedschaften und die sich daran anschließenden Ausführungen zu der Ueberzeugung gelangt, daß es notwendig ist, um den durch die Berichterstattung zu Tage getretenen Uebelständen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Gold- und Silberarbeiter usw., entgegenzutreten, auf deren Beseitigung hinwirken zu können, eine einheitliche Agitation unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu betreiben. Diese Agitation läßt sich nach der Aussprache durch Einsetzung einer Agitationskommission ermöglichen, die durch regelmäßige Einholung von Berichten der in Vertretung kommenden Orte, geeignete Wege unter Zustimmung des Hauptvorstandes und Unterstützung der allgemeinen Ortsbestimmungen einzuschlagen hat, um so die fernstehenden Kollegen dem Metallarbeiter-Verbande zuzuführen, und somit eine Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erlangen zu können. Die Konferenz empfiehlt dem Hauptvorstand, diesem zuzustimmen und die notwendigen Mittel zu bewilligen.“

Nachdem sich die Kollegen im zusammenfassenden Sinne geäußert hatten und Kampf-Strategie sich bereit erklärte, wurde der Sitz der in der Resolution geforderten Agitationskommission nach Stuttgart verlegt wurde, die Sache in die Hand zu nehmen, wurde die Resolution angenommen. Bemerkenswert war noch, daß der Antrag Leppig, drei Agi-

tationskommissionen für diesen Zweck zu wählen, undurchführbar sei. Ferner beschließt die Konferenz, den Sitz der Agitationskommission nach Stuttgart zu verlegen und den Kollegen Kampf als Obmann derselben zu bestimmen. Die Stuttgarter Kollegen haben ferner zwei Kollegen dem Obmann Kampf zur Seite zu stellen. Die so gebildete Kommission soll außerdem das Recht haben, sich durch korrespondierende Mitglieder aus anderen Orten unterstützen zu lassen.

Die beantragte Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises für die Goldschmiede wird abgelehnt, weil die Durchführbarkeit dieser Absicht vorläufig bei der geringen Zahl der organisierten Goldschmiede noch eine Unmöglichkeit ist. Die Einführung von Goldschmiede-Arbeitsnachweisen sei Sache der einzelnen Ortsverwaltungen.

Nach Erörterung einer Reihe von Uebelständen im Goldschmiedegewerbe und einem Gutweis auf eine intensivere Thätigkeit in der Agitation bezüglich der Führung von Kollegen zur Organisation wird die Konferenz geschlossen. H. F.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Da einem Beschluß der 5. Generalversammlung zu Folge das Protokoll derselben wieder zum Preise von 10 Pf. an die Mitglieder abgegeben werden soll, eruchen wir die Verwaltungsstellen (Geschäftsführer) den etwaigen Bedarf umgehend nach hier aufgeben zu wollen.

Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß der Preis des Protokolls so gering bemessen ist, daß kaum das Porto gedeckt wird und es aus diesem Grunde unmöglich ist, daß unjerseits unverkaufte Protokolle zurückgenommen werden.

Wir ersuchen die Bestellung auf einer besonderen Postkarte oder einem besonderen Blatt Papier zu bewerkstelligen, da dies die Expedition wesentlich erleichtert.

In Ausführung der Beschlüsse der V. Generalversammlung in Nürnberg geben wir hierdurch die von dieser beschlossenen Änderungen des Statuts mit dem Bemerkten bekannt, daß diese Änderungen und mithin das gesammte Statut in seiner neuen Fassung, da die Generalversammlung einen Termin für das Inkrafttreten des Statuts nicht bestimmt hat, wie alle übrigen Beschlüsse der Generalversammlung sofort mit der Veröffentlichung, also am 1. Juli in Kraft treten.

§ 2a lautet: Möglichste Beschränkung der Arbeitszeit und der Ueberarbeit, Beseitigung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit. Abj. c des § 2 hat jetzt die Fassung: Unterstützung der Mitglieder in außerordentlichen Nothfällen.

§ 4. Das Beitrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf. . . .

§ 5 Abf. 2 (neu): Mitgliedern, welche innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beigetreten sind, kann schon nach zweijähriger Wartezeit Reizegeld gewährt werden.

§ 6 (theilweise neu). Das Reizegeld wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten gewährt und beträgt pro Tag 1 M. Das betreffende Mitglied hat jedoch nur dann darauf Anspruch, wenn es eine als Tagesleistung zu betrachtende Strecke von ca. 5 Wegstunden (25 Kilom.) zurückgelegt hat. An einem Orte darf jedoch nicht über 3 Mark ausbezahlt werden, wenn zwischen dem letzten Orte ein Zahlort liegt. In Zahlorten, welche durch Bekanntmachung des Vorstandes gesperrt sind, kann für die Dauer der Sperrung das Reizegeld verweigert werden.

Reisende Mitglieder, die sich wegen des Umsehens nach Arbeit länger an einem Zahlort aufhalten, können, sofern ein solcher Aufenthalt durch die Zahl der am Orte vorhandenen Betriebe ihres Berufes gerechtfertigt erscheint, für die Zeit ihres Aufenthalts eine dem Reizegeld hinzu zu zahlende Aufenthaltunterstützung von pro Tag 1 Mark erhalten und zwar in Orten

über 50—100,000 Einwohnern für 1 Tag = 1 M. mehr
100—200,000 " " " 2 Tage = 2 " "
200—500,000 " " " 3 " = 3 " "
500,000 " " " 4 " = 4 " "

Die Aufenthaltunterstützung wird an demselben Ort in einem Jahre (52 hintereinanderfolgenden Wochen) nur einmal ausbezahlt.

Die Gesamtsumme des in einem Jahre zu erhebenden Reizegeldes beträgt nach

52wöchiger Mitgliedschaft 42 M.
104 " " " 49 " "
156 " " " 56 " "
208 " " " 63 " "
260 " " " 70 " "

Hat ein Mitglied in 52 aufeinanderfolgenden Wochen, vom ersten Erhebungstage an gerechnet, die in § 6 Abf. 3 aufgeführte Reizegeldsumme erhalten, so darf es innerhalb 52 aufeinanderfolgenden Wochen, vom ersten Erhebungstage an gerechnet, kein Reizegeld und keine Ortsunterstützung mehr erhalten.

Reisenden, die diese Gesamtsumme nicht auf einer, sondern auf mehreren Reisen erhalten, wird die zwischen den Reisen liegende Zeit auf die Wartezeit angerechnet.

Des Reizegeldes geht ein Mitglied verlustig:

- a) bei beharrlicher grundloser Verzögerung der Annahme einer in das Fach einschlagenden unter auskömmlichen Bedingungen ihm nachgewiesenen Arbeitsgelegenheit;
- b) bei erwiesener absichtlicher Umgehung der Kontrollvorschriften;
- c) bei Unterlassung der Abmeldung am letzten Arbeitsorte;
- d) bei einem Beitragsrückstande von über 8 Wochen.

§ 7. Die Auszahlung der Ortsunterstützung erfolgt durch die Ortsverwaltung bzw. den vom Vorstand bestellten Geschäftsführer an das betreffende Mitglied gegen schriftliche Empfangsbekräftigung.

Die Ortsunterstützung wird, in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 42 Tage gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männl. Mitglieder pro Tag	für weibl. Mitglieder pro Tag
52 Wochen	1.— M. 6.— M.	50 Pf. 3.— M.
104 " "	1.20 " 7.20 "	58 " 3.50 "
156 " "	1.35 " 8.10 "	67 " 4.— "
208 " "	1.50 " 9.— "	75 " 4.50 "
260 " "	1.70 " 10.20 "	83 " 5.— "

Die Gesamtsumme der in einem Jahre zu erhebenden Ortsunterstützung darf jedoch nach 52wöchiger Mitgliedsch. nicht mehr wie 42 M. f. männl. Mitgl.

	21 " weibl. "
104 " " " " " 49 " männl. "	
156 " " " " " 56 " weibl. "	
208 " " " " " 63 " männl. "	
260 " " " " " 70 " weibl. "	
	85 " männl. "

betragen. Der Abf. 7 des § 7 erhält folgenden Wortlaut:

Ortsunterstützung darf nur an dem Ort, wo das Mitglied arbeitslos geworden ist, ausbezahlt werden. Jedoch kann auf Antrag das arbeitslose Mitglied der Verwaltungsstelle (Geschäftsstelle) eines anderen Ortes zur Kontrolle und Unterstützung überwiesen werden.

Und Abf. 8 lautet:

Liegt zwischen zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als 6 Arbeitswochen, so kann Ortsunterstützung gleich vom Tage der Meldung der neuen Arbeitslosigkeit an gezahlt werden. Dasselbe gilt von Arbeitslosen, die sich in Folge von Krankheit von mindestens 7 Tagen (gleich einer Woche) die Arbeitslosigkeit zugezogen haben.

Geändert wurde noch Abf. 11, er lautet:

Mitglieder, die in 52 aufeinanderfolgenden Wochen den vollen Maximalbetrag an Reizegeld erhalten haben (§ 6 Abf. 3), können im Falle einer Arbeitslosigkeit nur dann Ortsunterstützung erhalten, wenn sie wieder zum Bezug von Reizegeld berechtigt worden sind (§ 6 Abf. 4).

In § 7 Abf. 12 lautet a l. c.: wenn das Mitglied bei Beginn seiner Arbeitslosigkeit noch mit den Beiträgen über 8 Wochen im Rückstande ist, kann die Unterstützungsberechtigung auch durch Nachzahlung der Beiträge nicht erlangt werden.

§ 11. Dem Abf. 2 wurde angefügt:

Mitglieder, die aus Verbandsmitteln Unterstützung beziehen, müssen mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sein. Dem Abf. 3 wurde nach dem Worte: melden angefügt: sofern sie sich vor ihrem Eintritt zum Militär ordnungsgemäß abgemeldet und ihre Beiträge bis zum Tage der Abmeldung bezahlt haben.

Die jetzigen §§ 16 und 17 sind neu und lauten:

§ 16. Zur wirksamen Unterstützung des Vorstandes, zur Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlungen und der Verbandsbestrebungen, sowie zur Regelung der Agitation werden im Wirkungsbereich des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 10 Bezirke mit der Maßgabe gebildet, daß nach Bedürfnis im Einverständnis des Vorstandes mit der Bezirkskonferenz eine Theilung oder andere Abgrenzung der Bezirke erfolgen kann.

Die Führung der Geschäfte erfolgt gegen Besoldung aus Verbandsmitteln durch den Bezirksleiter.

Den Bezirkskonferenzen bleibt es überlassen, Anträge für Anstellung von Bezirksleitern bei dem Vorstand zu stellen. Derselbe hat die Anträge zu prüfen und über die Bedürfnisfrage zu entscheiden. Ist die Bedürfnisfrage vom Vorstande im bejahenden Sinne entschieden, so hat der Vorstand die Stelle zur allgemeinen Bewerbung auszusprechen. Die eingelaufenen Bewerbungen werden von einer, vorher durch die Bezirkskonferenz ernannten Kommission geprüft und geeignete Vorschläge dem Vorstande zur Auswahl unterbreitet. Die ausgewählten Bewerber haben eine Probearbeit zu liefern und eventuell drei Monate vor ihrer endgültigen Anstellung auf dem Verbandsbureau thätig zu sein. Die Anstellung erfolgt auf Kündigung nach den einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches.

4. Die Obliegenheiten des Bezirksleiters sind folgende:

- a) Leitung der Agitation in seinem Bezirk.
- b) Eingreifen bei Lohnbewegungen und Arbeitsdifferenzen nach den Bestimmungen des Statuts und den Anweisungen des Vorstandes.
- c) Vornahme von Revisionen in den zu seinem Bezirk gehörigen Verwaltungs- bzw. Geschäftsstellen.
- d) Schlichtung bzw. Untersuchung von Differenzen der Mitglieder untereinander.
- e) Ausführung sonstiger ihm vom Vorstand im Verbandsinteresse erhaltenen Aufträge und durch das Statut ihm zuzuliegenden Obliegenheiten.

5. Dem Bezirksleiter wird eine 4gliedrige Kommission zu seiner Unterstützung beigegeben, welche alljährlich erneuert wird. Die Kommission hat ihren Sitz am Wohnorte des Bezirksleiters.

6. Die Bezirksleiter, der jeweilige Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin, sowie die gegen Besoldung angestellten Mitglieder des Vorstandes bilden den ergänzenden Ausschuß des Vorstandes und sind nach Bedarf zusammen zu berufen.

7. Zu den Beratungsgegenständen des ergänzenden Ausschusses gehören:

- a) Aufstellung eines Aktionsprogramms für den Verband, sowie für einzelne Branchen.
- b) Taktik bei Lohnbewegungen und der Agitation.
- c) Begutachtung von Tarifvertragsentwürfen.
- d) Mitwirkung bei Feststellung des Wahlreglements für die Proportionalwahlen zu Generalversammlungen und sonstige Verbandsvertretungen, sowie Festsetzung der Wahltag.
- e) Beschlußfassung über etwa abzuhaltende Bezirks- oder Branchenkongresse.
- f) Berathung des Vorstandes in allen von letzterem gewünschten Verbandsangelegenheiten und Erledigung sonstiger durch das Statut ihm übertragenen Obliegenheiten.

§ 17. 1. Zur wirksamen Unterstützung der Bezirks-

leiter, zur Erörterung faktischer Fragen, sowie zur Erleichterung der Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse können nach Bedarf Bezirks- und Berufskonferenzen abgehalten werden.

2. Die Einberufung einer Bezirkskonferenz erfolgt nach Verständigung mit dem Vorstand durch den Leiter des betreffenden Bezirks.

3. Zur Einberufung von Vertretern auf die Bezirkskonferenzen ist jede zum Bezirk gehörige Verwaltungsstelle berechtigt. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 100 einen, bis 500 zwei und über 500 drei Abgeordnete. Die Wahl erfolgt in einer Mitgliederversammlung.

4. Berufskonferenzen können nur vom Vorstand nach Verständigung mit dem ergänzenden Ausschuss einberufen werden und wird für die Zahl der auf jeden Bezirk entfallenden Vertreter durch den Vorstand und den ergänzenden Ausschuss gemeinschaftlich festgesetzt.

5. Für die Wahl der Vertreter zu einer Berufskonferenz gelten die für die Generalversammlungen gültigen Bestimmungen des Statuts.

6. Die aus der Einberufung und Besichtigung etwaiger Konferenzen erwachsenden Kosten trägt die Verbandskasse und sind für Reisekosten, Diäten und die Entschädigung an Arbeitsverdienstausfall die Bestimmungen des § 17 Abs. 5 in Anwendung zu bringen.

§ 16-27 rücken um 2 Nummern weiter und werden § 18-29.

Dem § 18 (früherer § 16) Abs. 2 wurde eingefügt: Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern haben das Recht, 2 weitere Beisitzer durch Wahl vorzuschlagen.

Zu § 19 (früher 17) ist im Abs. 2 anstatt 500 750 und anstatt 250 375 gesetzt worden.

Dem § 25 Abs. 2 wurde nach den Worten: „angehört haben“, angefügt: „und wenn diese Organisation dieselben Einrichtungen hat wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband, und der Ueberretende diese Einrichtungen in Anspruch nehmen konnte.“

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrasteuern Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Breslau eine monatliche Extrasteuer von 15 Pfg. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Köthen eine vierteljährliche Extrasteuer von 15 Pfg. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Pößlin eine monatliche Extrasteuer von 10 Pfg. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in München, Sektion der Zinngießer statt wie bisher 5 Pfg. zukünftig ab 1. Juli 15 Pfg. wöchentlich pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltung in Freising:

der Former Nikolaus Huber, geb. zu Freising am 21. April 1866, B.-Nr. 5952;

der Former Hans Maier, geb. zu Mindelheim am 2. B.-Nr. 395533;

der Former Max Wildmann, geboren zu Waranow (Böhmen) am 6. Januar 1876, B.-Nr. ?, sämtliche wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltung in Krefeld:

der Dreher Jakob Kay, geb. zu Krefeld am 5. Okt. 1853, B.-Nr. 158320, wegen unkollegialen Verhalten.

Wieder aufgenommen wird auf Antrag der Verwaltungsstelle in Warrnen der Schlosser Johannes Braun, geboren am 7. Februar 1871 zu Rungenbach.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Dem Schlosser Leon Stenz, geboren zu Warburg am 30. November 1878, B.-Nr. 402187, einem von der Verwaltung Kiel gestellten Antrage zur Folge, Demunziation und unkollegiales Verhalten.

Dem Schlosser Wilhelm Fied, geboren zu Lübeck am 2. November 1875, B.-Nr. 367444, nach dem von der Verwaltung Lübeck gestellten Antrage, daß er als Unterkassier über Beitragsmarken im Werte von 35 Mark nicht abgerechnet hat.

Dem bisherigen Reisegebührenzahler Karl Went nach dem von der Verwaltung Offenbürg in Baden gestellten Antrage, daß er, ohne mit dem Kassier abzurechnen, von Offenbürg abgereicht ist.

Dem Gelbgießer Robert Frömmel, geb. am 2. März 1860 zu Voebich, B.-Nr. 335154, einem von der Verwaltung Braunschweig gestellten Antrage zur Folge, daß er über Beitragsmarken im Werte von 6,10 Mk nicht abgerechnet hat.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Medlarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Gelbgießer und Gürtler.

Sirshberg i. Schl. Wir erhalten von Herrn Draber wegen der in Nr. 25 unter „Gelbgießer und Gürtler“ enthaltenen Korrespondenz eine längere Zuschrift. Herr Draber

sagt darin u. A.: Falsch ist die Behauptung, daß am 24. Mai bei mir drei organisierte Kollegen ohne jeden Grund auf die Straße geworfen worden wären; ich habe vielmehr drei meiner damaligen Leute, unter welchen der Dreher Wilhelm Müller sich befand, mit gegläubter Freist gekündigt; einer ist sogar wieder geblieben. Schuld an der Kündigung ist auch nicht mein Sohn, sondern das Verhalten der betreffenden drei Leute, weil dieselben ungebührlicher Weise die Zeit nutzlos verträdelten, anstatt ordnungsmäßig zu arbeiten. Was die Schilberung, anstatt der Gießer-Verkeller anlangt, so ist dieselbe ebenfalls unrichtig; sie ist 4 Meter hoch, 4,2 Meter lang und 3,2 Meter breit. Was die Schilberung der sonstigen Verkeller anlangt, so ist solche ebenfalls falsch, mindestens übertrieben; das richtige davon ist nur, daß sich das Glas des Ventilationsfensters in zerbrochenem Zustande befand und mit einem Pappn zugebekt war. Die Schlinge gehen den Anonhuns gar nichts an und sind die aufgestellten Behauptungen auch falsch; bei mir haben alle meine Schlinge genügend und soviel gelernt, daß sie die Gesellenprüfung gut bestanden haben. Wenn es bei mir vorgekommen, daß die Gehilfen den Rest des Lohnes im Laufe der Woche bekommen haben, so kann eine Schnappheit bei jedem Handwerksmeister einmal vorkommen; vielfach wird der Lohn nur alle 14 Tage ausgezahlt.

Mempner.

Aus Bruchsal erhalten wir von Herrn Hermann Maier, Laternenfabrik, unter Bezugnahme auf die in Nr. 25 unseres Blattes gegen ihn gerichtete Korrespondenz folgende Berichtigung:

1) Die Arbeitszeit ist bei mir wie in jedem anständigen Geschäft genau geregelt, es wird Stundenlohn bezahlt und jede gemachte Ueberstunde am Lohnstage vergütet. Auf Verlangen bin ich bereit, Ihnen oder auch jedem anständigen Vertreter mein Lohnbuch vorzulegen.

2) Wenn ich Leute annehme und bald wegen ungenügender Kenntnis und mangelhafter Arbeit entlassen muß, so ist das nicht meine Schuld, ich mache die Arbeiter vorher aufmerksam was zu leisten ist.

3) Was die Lohnzahlung anbelangt, so ist dieselbe aus meinem Lohnbuche zu ersehen. Abzüge mache ich nicht, Akkordarbeit zahle ich allerdings nach Beendigung der Arbeit aus, wie in jedem Geschäft, gebe den Arbeitern jedoch jeden Samstag Abschlagszahlungen in jedesmaliger Höhe ihres Stundenlohnes, nachweislich meines Lohnbuches.

Mannheim. Die am 12. Juni stattgehabte öffentliche Versammlung der Spengler und Installateure beschäftigte sich mit dem Verhalten der Meistervereingung zu den im vorigen Jahre vereinbarten Forderungen. Koll. Hahn referierte in längeren Ausführungen über die vorjährige Lohnbewegung und die im Laufe des Jahres eingetretenen Mißstände. Trotz der im vorigen Jahre gegebenen Versprechungen von Seiten der Meistervereingung konnten es einige dieser Herren nicht über's Herz bringen, ihr Wort zu halten. Man versuchte es auf alle mögliche Art und Weise die Werkstattordnung zu umgehen und unzulässig zu machen. Die Mißstände erwiesen sich als unheilbar, so daß sich die Gehilfenkommission veranlaßt sah, Schritte zu thun um Abhilfe zu schaffen. Kollege Hahn wandte sich im Auftrage der Kommission an den Vorsitzenden der Meistervereingung, Herrn Leonhard, und ersuchte ihn, die Sache zu regeln. Es wurde auch zugesagt, in kürzester Zeit eine gemeinschaftliche Sitzung beider Kommissionen abzuhalten. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Besonders wurde in der Diskussion das profige Verhalten der Firma Fuchs u. Priester gekennzeichnet. Herr Fuchs, der von seinen Arbeitern die höchsten Leistungen verlangt, kritisiert sich, er zahle die höchsten Löhne in Mannheim, trotzdem einzelne kleinere Meister nach Aufnahme unserer Statistik bedeutend höhere Löhne bezahlen als die vielgepreisene Firma Fuchs u. Priester. Dort schwanken die Löhne zwischen 26 und 47 Pfg. pro Stunde mit einer Ausnahme von 50 Pfg. pro Stunde. Nach der Werkstattordnung beträgt der Mindestlohn eines ausgeleiteten Arbeiters 32 Pfg. pro Stunde. Will ein Arbeiter mehr Lohn haben, so kann es Herr Fuchs nicht begreifen, daß ein Arbeiter mit diesem hohen Lohn nicht auskommen kann, man rechnet ihm genau aus, was er verbrauchen darf und beweist ihn auf die Wohlfahrtsvereingung: die Volkshilfe. Folgende Geschäfte haben die Mißstände der Arbeitszeit noch nicht eingeführt: Weidell, Eichelsheimerstraße; Wühler, Wellenstraße; Rhein, S 3 und Himmelshahn, Schweibingerstraße.

Metall-Arbeiter.

Mitona. Nach der Berichterstattung über die Verhandlungen der Generalversammlung wurden die Beschlüsse derselben einer scharfen Kritik unterzogen. Insbesondere angehalten waren die Kollegen über die Beschlüsse bezüglich der Maifeler und der Erhöhung der Beamtgehälter. Die Erhöhung der Gehälter verbanden die Herren nur der vielen Beamten, die als Delegierte anwesend waren, und wurde der Wunsch geäußert, daß in Zukunft mehr praktische Arbeiter zur Generalversammlung gesandt würden, die noch in ihrem Berufe thätig seien. Die Erklärung, daß mehrere Delegierten gegen die Erhöhung gestimmt haben, wurde mit Befriedigung aufgenommen. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, beim Hauptvorstand Protest gegen die Gehaltserhöhung einzureichen. Weiter wurde getadelt, daß die Generalversammlung sich viel zu lange mit persönlichen Streitigkeiten beschäftigt habe, so daß wichtige Punkte von der Tagesordnung abgeseht werden mußten; das sei im Interesse des Verbandes sehr zu bedauern.

Cassel. Die am 22. Juni stattgehabte Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Beschlüssen der diesjährigen Generalversammlung, über die Kollege Schupp-Vollar Bericht erstattete. Betr. des Majzirkulars habe der Vorstand nur im Interesse des Verbandes gehandelt. Sodann streift Redner die Berliner Angelegenheit und führt aus, daß der Vorstand Recht gehabt habe, als er die Wahl Pawlowitsch nicht bestätigte; jedoch sei die Handlungsweise Rätbers entschieden zu verurteilen. Kollege Schupp bekräftigt dann die Bezirksvereingung und wünscht, daß die Kollegen in Cassel auf der Konferenz, die im Juli in Gießen stattfinden solle, sich über die Wahl eines Vertrauensmannes einigen. Folgende Resolution wurde an-

genommen: „Die heutige Mitgliederversammlung spricht ihre Mißbilligung aus über die Nichtbestätigung des Pawlowitsch seitens des Hauptvorstandes zum 2. Bevollmächtigten in Berlin.“

Dresden. Bezüglich einer Korrespondenz in Nr. 17 unseres Organs unter der Ueberschrift: „Mechaniker Hamburgs“ wird uns geschrieben:

Es entspricht nicht den Thatfachen, daß s. B. von den Gehilfenvertretern der Beschluß gefaßt wurde, die Vereine an den D. M. V. anzuschließen. Es ist zwar über die verschiedenen Organisationsformen gesprochen worden und wurde der Beitritt zum Metallarbeiter-Verbande empfohlen von den Jenaer Kollegen, doch konnten von mir damals bindende Zusagen nicht gegeben werden, da von uns bereits die Gründung eines Mechaniker-Verbandes geplant war, mit ein Anschluß als Sektion unter den sächsischen Verhältnissen nur eine Zersplitterung der Kräfte herbeigeführt haben würde (hat doch der D. M. V. bis heute in Sachen nur Einzelmitglieder). Die im betr. Artikel behauptete Bekämpfung der Kollegen untereinander hat uns von vornherein fern gelegen und wäre es angebracht gewesen, wenn sich die Hamburger Kollegen erst um Erklärung an uns gewendet hätten. Hochachtungsvoll Gust. Gerner, Wöbtau, Hohenzollernstr. 10.

Frankenthal. Der Streik bei der Firma Bettinger u. Walte, Pumpenfabrik, ist nach 12 wöchigem Kampfe für beendet erklärt worden. Durch die große Anzahl von Streikbrechern, die sich gefunden haben und durch die schlechte Geschäftsjunktur hatten die Ausständigen keine Aussicht mehr den Streik erfolgreich durchzuführen. So beschloß eine Versammlung der Ausständigen, den Streik und die Sperre aufzuheben, wenn sich die Firma verpflichtet, die schwarzen Listen zurückzuziehen. Durch die Vermittlung des Fabrikinspektors Herrn Kröller kam dieser Vergleich zu Stande. Von den 90 Kollegen, welche in den Ausstand getreten, sind 32 Bekehrte hier noch am Platze, während die anderen meistens auswärts Arbeit bekamen. Hervorzuheben ist, daß sämtliche Streikende mit Ausnahme eines Einzigen (Kernmacher Wilhelm Guther) treu zur Sache hielten und mit Ausdauer kämpften, trotzdem von Seiten der Polizei und des Unternehmers alles aufgeboten wurde, den Streik illusorisch zu machen. Hiervon zeugen eine Anzahl von Strafen wegen Vergehens gegen § 158 der Gewerbeordnung, sowie eine Unmasse von Protokollen. Erwähnt muß werden, daß die übrige Arbeiterschaft den schon so oft an sie ergangenen Mahnruf, der Organisation beizutreten, nicht gefolgt ist und somit auch dem Streikbrecherthum Vorschub geleistet hat. Weiter muß bemerkt werden, daß dies der erste bedeutende Kampf war, welchen die Arbeiterschaft am hiesigen Orte zu verzeichnen hatte. Daß derselbe zu Ungunsten der Streikenden ausfiel, kann uns nur dazu anspornen, neue Mitglieder zu werben für unseren Verband und dahin zu wirken, die Indifferenten aufzurütteln aus ihrer Schläfrigkeit, damit wir die Scharte auszufüllen vermögen.

Frankfurt a. M. - Bodenheim. Seit Donnerstag, 27. Juni Früh, sind sämtliche Arbeiter der Frankfurter Maschinenfabrik, Akt.-Ges., Hanauer-Landstraße (Schlosser, Dreher, Hobler, Fraiser, Lackierer u. s. w.), insgesammt etwa 130 Mann ausgeperrt. Seit dem letzten eintägigen Streik Anfang Oktober v. J. beliebte es der Direktion, die Arbeiter fortwährend durch Ankündigung neuer Akkordreduktionen u. s. w. in Aufregung zu halten. Vor einigen Tagen verlangte man von den Schlossern, daß sie von jetzt ab zusammengebaute Maschinen wieder auseinander nehmen und „pugen“ sollen, ohne daß für diese Arbeit, die bei starker Nachfrage nach Maschinen niemals nöthig erschien, der Akkordpreis erhöht oder die darauf verwendete Zeit in Lohn verrechnet werden soll. Diese Mehrarbeit verlangt je nach der Größe der Maschinen eine Zeit bis zu 20 Stunden, bedeutet also wieder eine erhebliche Akkordreduktion. Seitern Vormittag fanden deshalb Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Arbeiter-Ausschuß mit dem Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes statt, aber ergebnislos. Herr Direktor Schrader lehnte auf's schroffste den „Gernst im Hause-Standpunkt“ hervor und forderte bedingungsloses Einverständnis mit seiner Meinung. Er zeigte einen großen Ehrgeiz, seiner Firma unter der Arbeiterschaft den Namen „la Schmeier“ zu verschaffen und kündigte auf 4-6 Wochen eine weitere 20 prozentige Lohnreduktion an. Bis Abends 6 Uhr verlangte er definitiven Bescheid, d. h. Unterwerfung, widrigenfalls von heute ab Alles entlassen sei. Eine Nachmittags stattgefundene Fabrikversammlung beschloß in geheimer Abstimmung, die Zustimmung abzulehnen und da ein hierauf unter Hinzuziehung des Gewerkschaftssekretärs Dorfschu gemachter letzter Einigungsversuch ebenfalls an der Starrköpfigkeit des Herrn Schrader scheiterte, ist die Aussperrung nunmehr perfekt. - Zugun ist streng fernzuhalten, eventuell wird das Reisegeld vorenthalten.

Frankfurt a. M. Seit ziemlich einem Jahr bezieht hier eine neue Maschinenfabrik, die den Namen Märkische Maschinenbau-Anstalt „Teutonia“ führt und in der Märkischen Zentrifugen gebaut werden. In den drei Monaten, während der Schreiber dieses daselbst arbeitete, sind es nach ziemlich genauer Schätzung 40-50 Leute gewesen, die den besten Willen hatten, in gedachter Fabrik zu arbeiten, die aber alle nach Verlauf von 1-12 Tagen wieder gingen. Zur Charakteristik des Chefs Haacke möge Folgendes dienen: Als zum 1. Mai die Arbeiter die Forderung stellten, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen, las man an einem der folgenden Tage einen Anschlag der Fabrikleitung mit folgender sinngetreuer Uebersetzung: Das von den Arbeitern unserer Fabrik an uns gerichtete Verlangen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, lehnen wir ab, da diese Forderung jeder vernünftigen Begründung entbehrt. Wir erachten es umso mehr als unsere Pflicht, diesem Verlangen entgegen zu treten, da dieser Tag weder ein kirchlicher noch ein patriotischer Feiertag ist, sondern vielmehr eine Demonstration der Arbeiter gegen die Arbeitgeber bedeutet und nur den Zwecken sozialdemokratischer Wähler und Heher dient. Wir sind gern bereit, mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten, wenn es sich um Fragen mit Bezug auf die Arbeitsbedingungen überhaupt handelt und erwarten dafür unsererseits aber auch, daß sich ein guter Stamm von fleißigen, willigen und tüchtigen Arbeitern herantreibt, indem wir darauf hinweisen, daß die Arbeiter an einem industriellen Unternehmer ebenso interessiert sind, als die Arbeitgeber. - Die

Hier also spricht man den Arbeitern jede Vernunft ab und erachtet sie als von Fesseln und Wählern verführt. Um so mehr muß man sich wundern, wenn man dagegen einen anderen Anschlag derselben Fabrikleitung betrachtet. Darin wird nämlich an die Intelligenz und Vernunft der Arbeiter appelliert und werden Belohnungen in der Höhe von 20 Mk. ausgesetzt, wenn der oder jener Arbeiter im Stande ist, der Fabrikleitung ein Verfahren mitzuteilen, nach welchem näher bezeichnete Arbeiten in einer weit kürzeren Zeit und auf einfachere Weise fertig gestellt werden könnten. Sobald der Arbeiter also seine Interessen wahrnehmen will, wird dem strikte entgegen getreten mit dem Bemerkten, daß die Arbeiter ihren Vortheil gar nicht zu erkennen verstehen und sie sich nur ruhig der Führung ihrer Arbeitgeber anvertrauen sollten! Sobald der Fabrikant aber glaubt, die langjährige praktische Erfahrung der Arbeiter könne ihm einen klingenden Nutzen bringen, dann mit einem Male erkennt man die Intelligenz und Vernunft der Arbeiter. Nun hört sich der Passus in dem Rat-Anschlag, der von dem in Verhandlung treten mit den Arbeitern lautet, sehr schön an, wenn er nicht den einen Fehler hätte, nie in Anwendung zu kommen. Sobald nämlich die Arbeiter mit einer Forderung kommen, wird sie rindweg mit dem Bemerkten abgelehnt, daß darunter das Geschäft leide und aus dem Grunde nicht darauf eingegangen werden könne; im Gegensatz hierzu wird aber von den Arbeitern verlangt, daß sie einen jeden Wunsch der Fabrikleitung als Befehl betrachten. So ist es hier üblich, daß Ueberstunden, die gemacht werden sollten, immer erst dann bekannt gegeben werden, wenn sich der Arbeiter anschickt, nach Hause zu gehen. Alles, was Herr S. an Arbeit sieht, ist von vorherin „Murrts“, wie er sich geschmackvoll ausdrückt. Daß es einem Fachmann nicht gleich sein kann, seine Arbeit von einem Laien (der S. ist Kaufmann) in so niedriger Weise kritisiert zu sehen, ist wohl einleuchtend und so kommt es denn auch öfter zu recht unangenehmen Ausritten und Auseinandersetzungen. Aus all dem wird man ersehen, daß es hier eines energischen Vorgehens der Arbeiter bedarf, um sich bessere Arbeitsverhältnisse und Bedingungen zu erringen und das um so mehr, als die zu Anfang gezahlten Löhne und Akkordsätze fast durchweg in letzter Zeit erheblich gekürzt wurden. Seit der Zusammenkunft ist nötig, um Uebergriffen zu steuern; sind doch erst kürzlich zwei Arbeiter wegen Verweigerung der Ueberstunden, die ihnen im letzten Augenblick befohlen wurden, entlassen worden.

Heidelberg. Auch in der Heidelberger Schnellpressenfabrik von H. Gamm machte sich in letzter Zeit die geschäftliche Flaue bemerkbar. Vor acht Tagen wurde durch Anschlag an schwarzen Brett den Arbeitern bekannt gegeben, daß von nun ab eine Lohnreduktion von 10 Proz. eintrete. Darauf hielten die Arbeiter eine Werkstätteversammlung ab; es waren sich Alle darin einig, daß eine Arbeitszeitverkürzung zu fordern sei, um Entlassungen, welche in letzter Zeit vorgekommen sind, zu verhindern. Durch Beschluß der Versammlung wurde der Arbeiterausfluß beauftragt, mit der Direktion zu verhandeln. Es bleibt so, wie es die Direktion beschlossen hat, war die Antwort. Nicht 10 Proz., sondern 17 Proz. sollten abgezogen werden, aber die 7 Proz. wolle die Firma tragen. — Kollegen, bis wann werden Euch endlich einmal die Augen geöffnet, bis wann werdet Ihr sehen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren? Mit trefflichen Worten hat Euch unser Vertrauensmann Kollege Kellermann darauf hingewiesen, daß ohne Organisation die Arbeiter nichts anrichten können. Kollegen beherzigt diese Worte und tretet Mann für Mann in den D. M. A. ein, dann seid Ihr auch im Stande, einer Forderung Nachdruck zu verleihen. Bezug nach Heidelberg ist ferngehalten.

Jugoslavien. Nach langen Jahren haben sich die hiesigen Metallarbeiter wieder zur Aufgabe gemacht, die schon früher bestandene Verwaltungsjelle ins Leben zurückzurufen. Es war uns allerdings keine kleine Aufgabe, hier in unserer schwarzen Domäne eine gewerkschaftliche Organisation zu gründen. Doch es ist gelungen, wenn auch die Christlichen — welche hier sehr stark vertreten sind — uns schon gleich bei Anfang den Boden abgesprochen haben. In einem späteren Bericht werden wir die Lage der Metallarbeiter in den hiesigen Staatswerkstätten schildern.

Solberg. Am 22. Juni referierte hier in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung Kollege Mohrlau-Berlin über: „Die Kriegen in der Metall-Industrie“. Es ließen sich einige Kollegen in den Verband anschließen. — Trotzdem die meisten Metallarbeiter am Orte weniger als die ungelerten Arbeiter verdienen, können sie noch nicht einsehen, daß sie sich organisieren müssen. Am meisten leiden die Schlossergesellen unter der großen Lehrlingszucht. Es gibt hier Schlossermeister, die 5-8 Lehrlinge beschäftigen; die meisten haben keine, höchstens einen Gesellen. Der Schlossermeister und Stadtkorordnete Klassen hat sogar circa 20 Lehrlinge. Wie es unter diesen Umständen mit der Ausbildung aussieht, kann sich wohl Jeder denken. — Die Kollegen ersuchen wir, das hochtörrische „höhnliche Sozial“ nicht eher zu betreten, bis es uns zu Versammlungen zur Verfügung steht. Unser Sekretärslokal ist „Rüggensburgs Restaurant, Reuplatz Nr. 14“.

Revenburg a. d. E. Die schlechten Arbeitsverhältnisse und die niederen Löhne haben den Anstoß zur Gründung einer Verwaltungsjelle gegeben. Am 16. Juni referierte Kollege Frede-Förstheim in einer von ca. 150 Personen besetzten Versammlung. 40 Kollegen traten dem Verband bei. Wenn die Kollegen in dem begrenzten Werk nicht ermüden, dann wirds auch hier besser.

Steglich. Am 18. Juni fand für Sichterfelde u. Umg. eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher sämtliche in Betracht kommende Werkstätten eingeladen waren. Trotzdem waren nur 60-70 Personen erschienen. Das Referat hielt Kollege Wülfel-Berlin, das reichlich Besall fand. Trotzdem die Liebe Polizei von jedem Namen und Adreße verlangt, schante sich keiner die Willkür offen zu bekennen. In der Bäderischen Bade haben die gut organisierten Holzarbeiter sehr zu leiden, da ihnen stets die Willkür der dortigen Metallarbeiter vor Augen geführt wird. Zur Nachricht, daß unser Delegierter Bericht erhalten soll.

Stettin. Unsere Zahlstelle hielt am 16. Juni eine Hauptversammlung sämmtlicher Bezirke ab, in welcher Kollege Faber Bericht von der Generalversammlung erstattete. Als erster Kapittel wurde Gewildes und als zweiter von der Linde gewählt. Die Gründung einer Sektion der Arbeiter wurde dahin erledigt, daß die Ortsverwaltung mit den Vertrauensmännern der Arbeiter gemeinsam die Sache zu prüfen hat und alsdann die nötigen Schritte thun wird. Eine Resolution, welche dahin lautete, die Lokalkommission energisch zu unterstützen, bis eine öffentliche Versammlung in dieser Frage endgiltig beschließen wird, wurde mit großer Majorität angenommen.

Verband. Die am Sonntag, den 16. Juni stattgefundene kombinierte Metallarbeiter-Versammlung war aus den Orten Glauchau, Meran, Gögnitz, Armitzschau, Altenburg, Schmölln und Verdau gut besucht. Genosse J. Frähdorf-Dresden sprach über das Krankentassen-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungswesen. Der Vortrag wurde mit sehr großem Beifall aufgenommen. — Die Erstattung des Berichtes von der Generalversammlung in Nürnberg fiel der fortgeschrittenen Zeit wegen aus. Als nächster Ort zur Abhaltung der kombinierten Versammlung wurde Schmölln gewählt.

Feilenhauer.

Hamburg-Altona. Probenhaftes Benehmen der hiesigen Arbeitgeber, im Verein mit dem Unterstande einzelner Nachkollegen, zwingt die hiesigen Kollegen noch weiter im Auslande zu verharren. Die Ueberzeugung, im vorigen Jahre durch das einmüthige Vorgehen der Gesellen eine Schlappe erlitten zu haben, läßt diese Herren nimmer zur Ruhe kommen, sondern sich immer weiter in ihre Arbeiterfeindschaft zu verrinnen. Davon haben uns die letzten Tage erst wieder ein Beispiel geliefert. Die Ortsverwaltung zu Hamburg, erlah ihre Aufgabe nicht allein darin, Streikende nur materiell zu unterstützen, sondern auch darin, daß sie Alles versucht, um einen, vielleicht zweifelhaften Ausgang des Streiks bei Zeiten abzuwenden und event. Falles Einigungsversuche herbeizuführen. Von letzteren Gedanken getragen, begaben sich zwei Mitglieder der Ortsverwaltung zu dem Obermeister Herrn L. A. Geier in Hamburg und versuchten Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Es wurde ihnen gesagt, daß sobald der Verein der Meister seine Versammlung abgehalten habe, eine Antwort eintreffen werde. In einer kurz zuvor abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde der Schritt der Ortsverwaltung gut geheißen. Von den Meistern lief eine abschlägige Antwort ein. Nach bekannter Manier ist in dem Schreiben bekannt gegeben, daß die Herren Arbeitgeber keine Veranlassung haben, mit den streikenden Gesellen in Verbindung zu treten. Allerdings hatten wir auch keine Ursache mit den Arbeitgebern zu unterhandeln, aber die Ortsverwaltung in ihrem uneigennütigen Bestreben und ferner das Geschrei der Arbeitgeber über den angeblichen Terrorismus der Streikender, sowie die Behauptung, daß unfererzeit in vorigen Jahre gar nicht versucht worden wäre eine Einigung herbeizuführen, sondern die Arbeitsbedingungen von uns einseitig festgesetzt wären, machten uns geneigt, auf den Vorschlag der Ortsverwaltung einzugehen. Wir waren und sind friedfertig gesonnen. Aber niemals die Arbeitgeber, die in ihrem Dünkel vermeinen, sich nicht mit ihren Gesellen einlassen zu dürfen, Leute, die es an Großmannsjucht mit einem Stumm getrost aufnehmen können. Die abschlägige Antwort ist ein weiteres Moment zum schärferen Vorgehen der Gesellen und die Arbeitgeber haben es sich selbst zu verdreiben, wenn sie am Schlusse die blamirten Europäer sind, dann haben sie keine Ursache auf die Unabbarkeit der Gesellen zu schimpfen. Wären die Arbeitgeber vernünftig gewesen und auf den Vorschlag der Ortsverwaltung eingegangen und hätten sich nicht von blinden Wahnansichten leiten lassen, so wäre nicht nur beiden Theilen geholfen, sondern auch die mißlichen Folgen in Bezug auf das Fortgehen der hiesigen Arbeit nach Auswärts wären zum größten Theile abgewandt. Wenn auch das Arm in Arm mit den Scharfmachern gehen, eine gute Stütze gegen die Arbeiter ist, so kann doch nicht geleugnet werden, daß diese Stütze plötzlich einmal verjagt und die lieben Feilenhauermeister als hilflose Greise auf dem dornendolken Wege engherziger kurzfristiger Großthuererei zurückläßt. Vorläufig haben wir keine Veranlassung, uns weiter mit den Arbeitgebern einzulassen. Unsere Sache sieht günstig. Im Streit stehen noch acht Arbeitstages und zwei Bedige, die übrigen sind abgereist oder haben anderweitig Arbeit angenommen. Die Streikbrecher arbeiten nicht nur nach Feierabend, sondern auch des Sonntags. Wenn uns dieses den Kampf allerdings erschwert, so kann es aber nicht dazu beitragen, uns den Sieg illusorisch zu machen, wenn der Jazug wie bisher fortgehalten wird und dieses hoffen wir von unseren Kollegen.

An die Verwaltungsjellen im Bezirk Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.

Werthe Kollegen!
Nach erfolgter Herändigung mit dem Verbandsvorstand berufe ich zum Sonntag, den 21. Juli 1901 eine **Bezirkskonferenz** nach Stettin, in das Lokal des Herrn Stellmacher, Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße 10, ein.
Die provisorische Tagesordnung lautet:
1) Bericht des bisherigen Vertrauensmannes.
2) Der Arbeitsplan des Gewerkschafters für die nächste Zukunft.
3) Bestimmung des Vorortes und der Person des Gewerkschafters.
4) Anträge der Ortsverwaltungen.
Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Wahlen der Delegirten auf Grund der Bestimmungen des § 17, Abs. 3, 5 und 6 des neuen Statutes vorzunehmen.
Anträge für die Konferenz und alle Zuschriften sind zu richten an die Adresse: **Deutscher Metallarbeiter-Verband Berlin SO 16, Engel-Ufer 15.**
Mit kollegialen Gruß
Der Vertrauensmann: **G. Mohrlau.**

Rundschau.

Die Krankenversicherung im Jahre 1899. Aus dem letzten erschienenen zweiten Vierteljahrsheft zur Statistik des deutschen Reiches ziehen wir folgende, die Krankenversicherung im Jahre 1899 betreffende Angaben aus

Kassenarten	Zusammen 1899	Zusammen 1898	Gesamtbevölkerung	Männliche Bevölkerung	Weibliche Bevölkerung	Gesamtbevölkerung	Männliche Bevölkerung	Weibliche Bevölkerung	Mittelglieder im Durchschnitt des Jahres	Erkrankungsfälle überhaupt	Krankheitstage überhaupt	Mittelglieder überhaupt	Mittelglieder auf ein Mitglied
Gemeindekrankenversicherung	22672	22607	8521	4283	4238	1434436	369841	6342916	1226037	8,55	625,270	31,918,163	31,918,163
Ortskranken-	9155582	8770057	4628	4283370	1606587	29249934	64718916	15,11	64,557,084	66,053,562	24,562,651	24,562,651	
Betriebskranken-	3470067	3002598	7344	2398659	1106014	17531308	50730816	21,15	310,688	2,561,207	63,558,390	63,558,390	
Baukranken-	60406683	53201178	90	19726	11384	160030	403176	20,44	2,561,207	16,357,164	25,285,038	25,285,038	
Zunngskranken-	5670146	5701446	612	16328	59125	937411	2331662	13,77	1,590,652	1,590,652	1,590,652	1,590,652	
Eingelchrtebene Hilfskassen	14226786	14717,07	273236	657650	14,71	145324242	8,55	145,324,242	145,324,242	145,324,242	145,324,242	145,324,242	
Landesrechtliche Hilfskassen	15,11	15,11	8,55	8,55	8,55	8,55	8,55	8,55	8,55	8,55	8,55	8,55	

Zusammen 1899: 152,956,627 Mk.
1898: 147,778,853 Mk.
Die Krankheitskosten vertheilen sich auf:
Arzt 31,918,163 Mk.
Arznei und sonstige Heilmittel 24,562,651 "
Krankengelder 63,558,390 "
Anstaltsverpflegung, Sterbegelder, Wäch-
nerinnenunterstützung 25,285,038 "
Zusammen 145,324,242 Mk.

Der Zuwachs an Mitgliedern beträgt gegen das Vorjahr rund 400,000; davon entfallen 200,000 auf die Ortskranken-, 100,000 auf die Betriebskranken-, 40,000 auf die eingeschriebenen Hilfskassen und 25,000 auf die Gemeindekrankenversicherung. Einen Rückgang um 13,000 weisen allein die landesrechtlichen Hilfskassen auf.

Die Erkrankungsfälle und die Krankheitsstage und hiermit zugleich auch die Krankheitskosten auf ein Mitglied sind höher als in den fünf vorangegangenen Jahren, wohl in Folge der 1899 wieder in größerem Umfang verbreiteten Influenza.

Das Vermögen der Kassen ist in diesem Jahre denn auch nur um 4/5 Millionen Mark gestiegen, während der Zuwachs früher von Jahr zu Jahr 11 bis 15 Millionen betrug.

Zur Lehrlingszucht. Aus Straßund wird uns geschrieben: Der Artikel in Nr. 23 der M.-A.-Ztg. über die Maßregeln der deutschen Handwerkskammern gegen die Lehrlingszucht gibt uns Veranlassung, von hier über die Lehrlingszucht einiges zu berichten. In dem Artikel wurde angeführt, daß die hiesige Handwerkskammer jedem Schlossermeister für seine Person 3 Lehrlinge und für jeden Gesellen einen weiteren Lehrling zugestanden habe. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Es beschäftigen folgende Meister Gesellen und Lehrlinge:

Paul Schütz	1	Gesellen,	15	Lehrlinge
Heine	—	"	13	"
Wetting	—	"	6	"
Kretschmann	5	"	10	"
Aug. Schütz	2	"	10	"
Memann	2	"	9	"
Obermeister Frank	1	"	6	"
Feld	—	"	5	"
Meiser	—	"	8	"
Schwarz	—	"	3	"
Wolf	—	"	4	"
Heim	1	"	3	"
Römer	—	"	2	"
Schröder	—	"	2	"

Summa: 12 Gesellen, 96 Lehrlinge.
Welche Maßregeln wird nun die Handwerkskammer anwenden, um ihre Normativbestimmungen, die der Lehrlingszucht ohnehin noch zu viel Konzessionen machen, durchzuführen?

Ueber die Arbeitslöhne in Neuseeland (Australien) berichtet der österreichisch-ungarische Konsul in Auckland, daß sie im Durchschnitt des Jahres 1900 betragen:

Landwirtschaftlich

Arbeiter mit Kost	pro Woche	15 sh*	bis 20 sh
ohne Kost	"	5 "	" 7 "
Pflüger mit Kost	"	15 "	" 30 "
ohne Kost	"	6 "	" 7 "
Schnitter mit Kost	"	20 "	" 35 "
ohne Kost	"	5 "	" 8 "
Farm-Höfe mit Kost	"	20 "	" 30 "
Farm-Mägde mit Kost	"	8 "	" 12 "
Gärten mit Kost	"	50 L	" 60 L
Schaffnerer mit Kost für je 100 geschorene Schafe	"	16 sh 8 d	" 20 sh

* sh (Schilling) = 1 Mk. = 12 d (pence). L (Pfund Sterling) = 20 Mk.

